

Sozialdemokratie

in Herne

von den Anfängen
bis zum Verbot
1933



Vorwort

Bonn

Liebe Freunde,

Ihr habt Euch die Aufgabe gestellt, die Geschichte der Arbeiterbewegung in Herne aufzuschreiben und allen Bürgern zugänglich zu machen. Ich halte diese Pflege der geschichtlichen Zusammenhänge für wichtig.

Wenn man in der Politik über den Tag hinaussehen will, und demokratische Sozialisten sind angetreten, Politik zu gestalten, nicht nur zu verwalten, dann ist es notwendig, die Wurzeln zu kennen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig darauf hinzuweisen, daß es nicht möglich ist, aus der Geschichte einfache Gebrauchsanweisungen für gegenwärtiges und zukünftiges politisches Handeln zu ziehen; vielmehr gilt es, gestützt auf unveränderte Grundüberzeugungen, sich immer wieder neuen Herausforderungen zu stellen.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung in Herne wie überall sonst in Deutschland zeigt: Demokratische Sozialisten haben für Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft, und es wurde erreicht, daß aus rechtlosen Proletariern selbstbewußte Bürger wurden. Dieser Kampf war getragen von der Solidarität der vielen und von der Opferbereitschaft, die gefordert war, wenn es hieß, für menschenwürdigere Lebens- und Arbeitsverhältnisse einzutreten.

Zu erinnern ist weiter daran, daß demokratische Sozialisten seit dem vorigen Jahrhundert gegen den Krieg als Mittel der Politik gestritten haben. Keine Regierung, in der Sozialdemokraten Verantwortung trugen, hat das deutsche Volk in einen Krieg geführt. Das gehört zur Geschichte der Arbeiterbewegung, und darauf sind wir Sozialdemokraten stolz.

Der Stolz auf das Geleistete muß sich verbinden mit der Erkenntnis, daß wir neu gefordert sind: Gegen den Rückfall in eine Mentalität alter Verkrustungen und Verkrampfungen, gegen die Zerstörung des sozialen und inneren Friedens, für mehr Entspannung und endlich Abrüstung, für Überwindung der Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit, für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in unserem Land, für freiheitliche Rechtsstaatlichkeit unserer Bundesrepublik Deutschland.

Vergessen wir niemals: Nichts hätte erreicht werden können in der Geschichte der Arbeiterbewegung wie auch jetzt in den Jahren, in denen die SPD die Führung der Bundesrepublik stellte, wäre die Politik unserer Partei nicht in den breiten Schichten unseres Volkes verankert gewesen. Und hätten diejenigen, die vor uns am Werk waren, nicht immer wieder Kraft geschöpft aus dem fortlaufenden Gespräch mit ihren Kollegen und Nachbarn, Freunden und Bekannten. Vertrauensarbeit muß weiterhin ganz groß geschrieben werden. Dann werden wir neue Erfolge an unsere Fahne heften können.



WILLY BRANDT
Vorsitzender der SPD

Herne

Die Entwicklung der Stadt Herne ist eng verknüpft mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in dieser Stadt. Im Vordergrund steht dabei neben den Freien Gewerkschaften die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Leider ist die Lokalgeschichte der Herner und Wanne-Eickeler SPD bislang nicht geschrieben worden. Nun soll mit dieser Schrift der Versuch gemacht werden, das bisher Versäumte nachzuholen.

Der Unterbezirksvorstand hat beschlossen, die Veröffentlichung für das Jahr 1983 vorzubereiten, in dem die Gesamtpartei ihren 120. Geburtstag feiern kann und sich andererseits zum 50. Male das Verbot der SPD durch die Nationalsozialisten jährt. Die vorliegende Schrift soll ein Anfang sein und umfaßt daher zunächst die Zeit von den Anfängen der SPD in Herne bis zum Jahre 1933.

Hierfür ist eifrig gesammelt, gesichtet, mündlich überliefert und geschrieben worden. Dafür gebührt vor allem unseren Senioren Dank, die in unermüdlicher Arbeit Archive durchgestöbert und Materialien zusammengetragen haben. Die meisten von ihnen konnten als Zeitzeugen Wertvolles beitragen.

Ulrich Gorcitzka, der die Arbeit schreibend betreut hat, konnte sich auf die Mitarbeit von Else Drenseck, Erich Schönewolf, Edwin Ostendorf, Friedrich Steffen, Robert Brauner, Humbert Perussato, Wilhelm Dörr, Manfred Gutzmer und vor allem von Luise Strunk stützen, die wertvolle Vorarbeiten geleistet hat. Ihnen allen sei für die Mithilfe gedankt.

Das vorliegende Ergebnis erhebt keinen wissenschaftlichen Anspruch. Gleichwohl ist diese Arbeit sicherlich ein Beitrag zur Geschichte der Gesamtpartei und eine wertvolle Ergänzung der Ortsgeschichte und der des Ruhrgebietes.

Wir hoffen, daß dieses Heft viele Leser findet und besonders der Jugend und den Schülern eine Hilfe geben kann, sich kritisch mit dem demokratischen Sozialismus und seinen Zielen zu beschäftigen. Kritik, Anregungen und Verbesserungen sind ausdrücklich erwünscht. Sie sollen in der nächsten Schrift verarbeitet werden, die die Jahre ab 1933 beschreibt, also den Widerstand der Sozialdemokraten gegen die Gewaltherrschaft und ihren entscheidenden Anteil am Wiederaufbau unseres Gemeinwesens nach dem Zusammenbruch.

Herne, im Januar 1983



WILLI POHLMANN
Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Herne

Herne im Revolutionsjahr 1848



Herne um 1848

Herne war zur Zeit der 48er-Revolution ein Dorf mit rund 1000 Einwohnern.

Wanne, Eickel und auch Sodingen verwalteten sich zu dieser Zeit noch selbst. Sie nahmen jedoch bei etwa gleicher Ausgangslage die gleiche Entwicklung.

Man lebte von der Landwirtschaft, in den meisten Fällen knapp an der Grenze des Existenzminimums. Es gab eine ländliche und handwerkliche Unterschicht, die Arbeitszeit lag bei 12, 14, ja sogar bei 16 Stunden.

Auch die ansässigen Handwerker wie Müller, Schmiede, Schuster, Schneider usw. trieben des geringen Verdienstes wegen Landwirtschaft.

Die Kinder mußten ebenso arbeiten wie die Frauen. Bis zur Mitte des Jahrhunderts gab es kaum ein Entrinnen aus diesem Los. Erst die beginnende Industrialisierung in den fünfziger Jahren brachte ein steigendes Angebot an Arbeitsplätzen.

Noch 1875 war ca. 90% der Gesamtfläche der Gemeinde Wanne in Privatbesitz und wur-

de zum großen Teil landwirtschaftlich genutzt. Den Rest teilten sich Zechen und Kommune. 1913 war nur noch 39% des Bodens in Privatbesitz, der Zechenbesitz hatte sich auf 35,6% erhöht.

In Herne lag die Zahl der Landwirte um 1800 noch bei 114, sie ging gut 100 Jahre später auf 76 zurück.

„Masuren! In rheinländischer Gegend, umgeben von Feldern, Wiesen und Wäldern, den Vorbedingungen guter Luft, liegt, ganz wie ein masurisches Dorf, abseits vom großen Getriebe des westfälischen Industriegebietes, eine reizende, ganz neu erbaute Kolonie der Zeche Viktoria bei Rauxel. Jede Familie erhält vollständig freien Umzug.“

(Aufruf zur Anwerbung von Bergleuten in Ostpreußen, 1887)

Die Entstehung der Bergbauindustrie und die Folgen für die Stadt

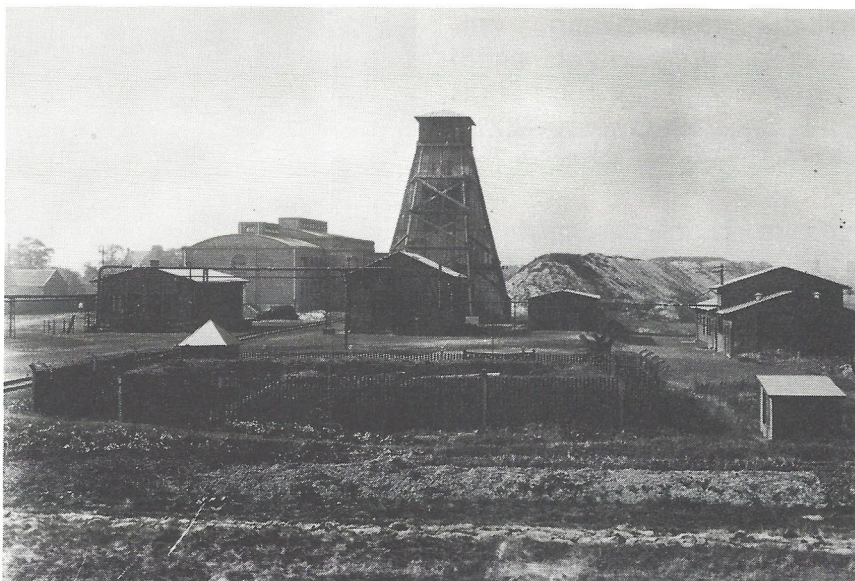
In Herne, Sodingen, aber auch im späteren Wanne-Eickel waren es der Bergbau und in seinem Gefolge die Zuliefererfirmen, die die Haupterwerbsquellen bildeten. 1856 wurden die ersten Schächte der Zeche Shamrock abgeteuft, ohne Rücksicht übrigens auf die damaligen Gemeindegrenzen. In Herne folgten 1868 die Zechen von der Heydt und Julia, 1870 Friedrich der Große I/II, 1894 Constantin, nach der Jahrhundertwende im Jahre 1907 Friedrich der Große III/IV und, als letzte Bergwerksgründung im Jahre 1911, Teutoburgia.

Beim östlichen Nachbarn Sodingen wurde 1872 die Zeche Mont-Cenis in Betrieb genommen.

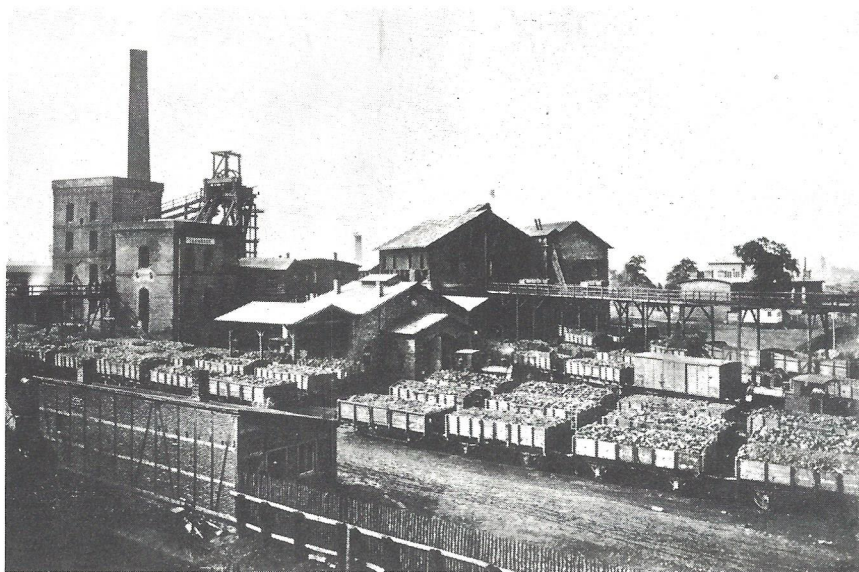
Auch im Wanne-Eickeler Raum entwickelte sich der Bergbau ab 1856. Den Anfang machten hier die Zechen Königsgrube und Pluto Thies. Es folgte 1870 Unser Fritz, drei Jahre später die Zeche Wilhelm.

Die Bergwerke brauchten Arbeitskräfte und zogen auch Arbeit suchende Menschen an. Zunächst aus der näheren Umgebung, später aus den deutschen Ostgebieten und aus Polen.

Das Jahr 1848 war ein Jahr des Aufbruchs: eine eher bürgerliche Revolution hatte die politische Gleichberechtigung auf ihr Banner geschrieben, Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlichten das Kommunistische Manifest und auch die Gründung der ersten überregionalen deutschen Arbeiterorganisation, die „Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung“, war in diesem Jahr zu verzeichnen. Die konservativen und reaktionären Kräfte konnten allerdings sehr bald wieder die Errungenschaften der Revolutionsphase abbauen.



Klein und überschaubar, die Schachtanlage „Unser Fritz“ in den Anfängen.



Wesentlich eindrucksvoller zu dieser Zeit, das Betriebsgelände der Zeche Shamrock.

Der relativ hohe und regelmäßige Verdienst im Bergbau übte einen starken Reiz aus.

Die Tagelöhne (im Sommer) betragen für männliche Tagelöhner:

mit Kost	ohne Kost
1875 — 0,78 M	1,58 M
1904 — 1,75 M	2,75 M

dagegen die Schichtlöhne im Bergbau

1875 auf Shamrock	3,47 M
1904 auf Mont-Cenis	4,44 M

Dabei waren die Arbeitsbedingungen alles andere als einladend, im Gegenteil. Nur, das relativ regelmäßige Einkommen lockte eben doch, wie sehr sogar, kann man der Bevölkerungsentwicklung entnehmen. 1848 waren es in Herne wie gesagt rund 1000 Einwohner, 1860 knapp 3000, 1871 verdoppelte sich die Zahl auf 6000. 1880 war die 10000er Grenze erreicht, 1890 zählte man bereits 19000 Einwohner, im Jahre 1900 40000 und 1910 schließlich ermittelte eine Volkszählung 57148 Einwohner.

Auch hier verlief die Entwicklung in Wanne, Eickel und Sodingen prozentual entsprechend. Die Bevölkerung des Ruhrgebietes wuchs in den Jahren 1850 bis 1910 um das Zehnfache, auf ca. 3,5 Millionen. Es wurde damit zum größten deutschen Industriezentrum.

Von diesen knapp 60000 Menschen in Herne waren 1070 Reichsausländer, 12364 mit polnischer Muttersprache, 1203 mit deutscher und polnischer Muttersprache, 1514 mit einer anderen fremden Muttersprache. Demnach waren 13878 Einwohner zu dieser Zeit der deutschen Sprache nur unvollständig oder gar nicht mächtig.

Ein weiteres Verständigungsproblem kam hinzu. War der westfälische Raum bis zur Industrialisierung eine Hochburg



Aus allen Teilen Deutschlands kam man ins Revier, um im Bergbau seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Ein bunt zusammengewürfeltes Häuflein war auch das Revier I der Zeche Julia.

lutherischen Glaubens, überwog bei den Zuzüglern die römisch-katholische Konfession. Nach der Jahrhundertwende hatte die katholische Bevölkerungsgruppe bereits ein deutliches Übergewicht. 34000 Katholiken wurden registriert, demgegenüber waren 25000 evangelischen Glaubens. Es gab außerdem eine starke Fluktuation der Bevölkerung innerhalb des Ruhrgebiets. In den Jahren 1906 bis 1908 wurden allein in Herne jährlich 15000 Zuzüge und ca. 13000 Wegzüge erfaßt. Selbst innerhalb des Stadtgebietes gab es an die 9000 Ummeldungen. Daß bei alledem die

Agitation sozialistischer Ideen erschwert war, ist offensichtlich. Gerade auch die aus dem Osten kommenden Landarbeiter waren für das sozialistische Ideengut wenig empfänglich. Das Aufwachsen in patriarchalischen Ordnungen hatte sie zu stark geprägt. Und außerdem waren sie gekommen, um Geld zu verdienen. Das „Wie“ war zunächst zweitrangig. Diese Einstellung führte in der Tat zu zum Teil heftigen und harten Diskussionen mit den alteingesessenen Arbeitern am Ort.

Um 1880 kam es zu zahlreichen Prozessen wegen Majestätsbeleidigung. Aus Herne wurde der Barbier Schnelle zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Die politischen Verhältnisse in den Anfängen der Arbeiterbewegung

Eher skeptisch wurde die Industrialisierung von den damaligen Gemeindevertretungen gesehen, ganz im Gegensatz zur Verwaltung, die diese Entwicklung förderte. Die Gemeindevertreter gehörten durchweg seit Generationen ansässigen Familien an, die, wenn sie nicht gerade durch Grundstücksverkäufe an die Bergwerksgesellschaften profitieren konnten, durch diese Entwicklung kleinere und größere Nachteile in Kauf nehmen mußten. Feld- und Obstfrüchte fanden immer wieder ungeliebte Liebhaber und von den Einliegerhäusern der Zechen wurden quer durch die Felder nähere Wege, die sogenannten „Bergmannspfade“, getreten. Aber auch Brunnen versiegten durch den Wasserentzug beim Schachtabteufen, und hier und dort setzten die ersten Bodensenkungen ein.

Als im Jahre 1878 der Herneer Amtmann von Bock dem evangelischen Schulvorstand die notwendige Gründung einer neuen Schulklasse vorschlug, lehnte man mit der Begründung ab: „Da könnte man ja jedes Jahr einen neuen Lehrer einstellen.“

Die Regierung schickte daraufhin zwangsweise einen Lehrer in die aufstrebende Industriegemeinde.

Einen Neubeginn für die deutsche Arbeiterbewegung gab es am 23. Mai 1863. Ferdinand Lassalle gründete in Leipzig den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“. Dieser Tag gilt als der Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie. Sechs Jahre später, 1869, gründeten August Bebel und Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) als zweite sozialistische Partei neben dem ADAV.



Das kaisertreue Wanne-Eickel ehrt seinen Herrscher.



In Herne zeugen die schwarz-weiß-roten Fahnen von monarchistischer Gesinnung.

„Singen und Pfeifen in der Werkstatt erscheint als beharrliche Verweigerung obliegender Pflichten, sofern es trotz mehrmaligen Verbots fortgesetzt wird, bietet also Grund zu sofortiger Entlassung.“

(Entscheidung der 5. Kammer des Gewerbegerichts Berlin, 1902)

Das Dreiklassen Wahlrecht

Die ersten parlamentarischen Erfolge der Sozialdemokratie auf Reichsebene dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß im Land Preußen und in seinen Gemeinden „eisern“ am Dreiklassen Wahlrecht festgehalten wurde. Im Gegensatz zu den allgemeinen, gleichen und geheimen Reichstagswahlen wurden in Preußen, in dessen Geltungsbereich auch die Revierstädte lagen, selbst die grundlegendsten Regeln der Demokratie mißachtet. Es wurde mit den unterschiedlichsten Mitteln ein Klassenkampf von oben geführt. Als politisch erfolgreichstes Mittel der Repression erwies sich dabei das preußische Wahlrecht.

Nachdem Preußen unter dem Druck der revolutionären Ereignisse von 1848 zunächst ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht eingeführt hatte, oktroyierte König Wilhelm IV. kurz nach dem endgültigen Sieg der Reaktion das Dreiklassen Wahlrecht.

Hiernach hatte die Stimmgebung des Urwählers „öffentlich zu Protokoll“ (§ 21) zu erfolgen. Die Urwähler selbst wurden nach den von ihnen entrichteten Steuern in drei Klassen eingeteilt und zwar in der Art, daß auf jede Klasse ein Drittel der Steuerbeträge aller

Urwähler entfiel. Die I. Klasse umfaßte die Wähler mit den höchsten Steuerbeträgen bis zu einem Drittel des Gesamtbetrages, die II. Klasse diejenigen, die die nächst niedrigeren Steuern bis zur Grenze des zweiten Drittels bezahlten, während die am niedrigsten Besteuerten in der III. Klasse wählen mußten. Jede Klasse wählte ein Drittel der Wahlmänner (indirekte Wahl). Die große Zahl der gering Besteuerten wählte danach ebensoviel Wahlmänner wie die geringere Zahl der Hochbesteuerten.

Die „Obrigkeit“ versuchte

kaum zu verhehlen, welchen Zielen diese Gesetzgebung diene. In dem sogenannten „Immediatbericht“ an den König anlässlich der Einführung dieses Wahlrechts heißt es wörtlich:

„...Es muss verhindert werden, daß der Fleiß, der Besitz und die Intelligenz dem Übergewicht der Kopfzahl zum Opfer gebracht werden.“ Und aus einer Regierungsschrift zur Ablehnung des gleichen und geheimen Wahlrechts, „daß solche Forderungen von denen aufgegriffen würden, welche radikalen Bestrebungen zugehen sind“ und „denjenigen am willkommensten sind, welche die Stimmen der Massen für die falschen Freunde des Volkes zu gewinnen hoffen“.



Im Sinne der herrschenden Schichten Preußens war dieses Wahlrecht sehr erfolgreich. Die Sozialdemokratie wurde auf Landes- und Kommunalebene von der parlamentarischen Arbeit nahezu ausgeschlossen, wie folgende Gegenüberstellungen zeigen.

Ein Vergleich der abgegebenen Stimmen mit den erlangten Abgeordnetenmandaten zeigt für die Landtagswahl 1903 folgendes Ergebnis: Es wurden insgesamt abgegeben für die Konservativen 324157 Stimmen, sie brachten dort 143 Mandate; während für die Sozialdemokraten 314149 Stimmen abgegeben wurden, die *kein* Mandat brachten.

Ein Vergleich der Stimmabgabe zum Reichstag wie zum preußischen Landtag 1912: Die Sozialdemokraten konnten über das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht in direkter Wahl 112 Abgeordnete in den Reichstag schicken, in den preußischen Landtag über das Dreiklassenwahlrecht nur 10 Abgeordnete.

In der Gemeinde Wanne führte das Dreiklassenwahlrecht zu folgenden Verteilungen:

	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.
1897	2	176	2902
1901	2	352	3279
1903	2	305	3625
1905	2	455	4264

	Einwohner gesamt
1897	17678
1901	24002
1903	26059
1905	30481

Verschiedene Versuche der SPD, im Reichstag über eine Entschließung zu erreichen, in den Einzelstaaten das Reichstagswahlrecht einzuführen, schlugen fehl, auch noch während des Ersten Weltkriegs,

nach der Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion. Die Grundeinstellung in Preußen wird am klarsten gekennzeichnet in einer Rede des Vorsitzenden der Konservativen Partei, Freiherr v. Manteuffel, der 1907 erklärte:

„Der Minister, der für Preußen das Reichstagswahlrecht vorschlägt, muß wegen Landesverrats belangt werden.“

Die beiden Organisationen unterschieden sich weniger in grundsätzlichen, sondern vielmehr in tagespolitischen Fragen. Außerdem war der organisatorische Aufbau der SDAP demokratischer als der des autoritärer strukturierten ADAV.

Zunächst gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Parteien, die jedoch unter dem Druck der wirtschaftlichen Entwicklung und der staatlichen Repressionen zu guter Letzt zu einer Vereinigung führten.



Die da oben, die da unten. Man achtete auf Klassenunterschiede während der Kaiserzeit, nicht nur beim Wahlrecht.



In der SPD führten die Erfahrungen aus den politischen Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern dazu, sich ab 1900 (auf dem Mainzer Parteitag) für eine Teilnahme an den Wahlen zum preußischen Landtag einzusetzen. Der Wortlaut dieses Parteitagebschlusses ist besonders wegen der Anregung von Wahlabsprachen bedeutsam:

„In denjenigen deutschen Staaten, in denen das Dreiklassenwahlrecht besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen mit eigenen Wahlmännern in die Wahlagitation einzutreten. — Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Zentral-Komitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keine Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.“

Die hiermit „erlaubte“ Abrede mit bürgerlichen Parteien hatte in überschaubaren bezirklichen oder örtlichen Verhältnissen eine praktische Bedeutung für den industriellen Bereich des Landes Preußen, besonders bei den Gemeindevahlen.

Hier war die SPD durch das Dreiklassenwahlrecht von der Selbstverwaltung der Bürgerschaft praktisch ausgeschlossen, obwohl der von ihr vertretene Teil der Bevölkerung eine politische Vertretung am dringendsten benötigte.

Die Industrialisierung in Verbindung mit dem Dreiklassenwahlrecht führte im Gegenteil zu einer Verkehrung der politischen Verhältnisse im Revier. Die hohen Steuerzahlungen der Zechen setzten sich über deren Wahlrecht als juristische Personen auch im politischen Raum durch. Die extrem geringe Zahl von Wahlberechtigten in der I. Klasse, insbesondere im Revier, ist auf die Drittelung nach dem Steueraufkommen zurückzuführen.

Ganz besonders wurde die Sozialdemokratie durch den Umstand benachteiligt, daß die Wahlen nicht geheim, sondern, heute kaum noch verständlich, öffentlich waren. Der Arbeitgeber kontrollierte in nicht seltenen Fällen das Stimmverhalten seiner Arbeiter. Dies führte gerade in der engagierten Arbeiterschaft zum Wahlboykott; eine zweischneidige Sache für die junge Sozialdemokratie, unter die-

sen Verhältnissen aber wohl eine verständliche Reaktion. Der weitreichende Einfluß der Zechenverwaltungen wird auch deutlich durch einen Einspruch eines Wählers der II. Klasse (Berufsangabe Bankier). Er machte geltend, daß „eine Zechenpartei — die durch den Zechendirektor als Vorsitzenden des Wahlausschusses vertreten werde — unzulässigen, mehr oder minder direkten Zwang ausübe auf die ihm gegenüber im „ökonomischen Ab-



Glanz und Elend lagen dicht beisammen in der Kaiserzeit. Zu den Glanzpunkten zählte sicherlich die Kaiser Passage in Wanne-Eickel.

hängigkeitsverhältnis Stehenden." Er spricht dabei von einer „Auslieferung des Wahlvorstandes an die Zechenpartei, wenn ein Zechendirektor und ein Zechenbeamter am Wahlstisch die Stimmabgabe kontrollieren“; „das Wahlrecht des einzelnen werde illusorisch gemacht und zu einem Wahlzwang herabgewürdigt“, „die Wahlhandlung der illegitimen Beeinflussung der Zechenpartei preisgegeben“.

Die vom Beschwerdeführer vorgebrachten Einwendungen wurden von der Stadtverordnetenversammlung jedoch verworfen (Ob sich auch hier der Einfluß der I.-Wähler-Klasse doch auswirkte?).

Das Dreiklassenwahlrecht benachteiligte aber nicht nur die geringer Verdienenden, es schloß darüber hinaus Bürger bis zu einem bestimmten Einkommen und weiblichen Geschlechts völlig von der politischen Mitbestimmung aus.

Kennzeichnend für die Ausgangslage in den Herner Stadtverordnetenversammlungen ist eine amtliche und „vertrauliche“ Übersicht vom 16. April 1900, wonach von 30 gewählten Stadtverordneten 22 zu den Mittelparteien (Liberal und Konservativ), 8 zum Zentrum und zu Freisinnigen und zu den Sozialdemokraten: keine (ausdrücklich hervorgehoben im Text des Berichtes) zu rechnen waren.

Zu den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Herner von 1904 sei aus alten Originalunterlagen des Herner Archivs eine gedrängte Darstellung der Wahlsituation gegeben:

Die Stadtverordnetenversammlung umfaßte 30 Mitglieder; wegen Ausscheidens von 10 Verordneten waren Ergänzungswahlen angesetzt, vgl. die öffentliche Bekanntmachung.

Zur I. Klasse waren zugelassen 4 Wahlberechtigte mit ei-

ner Steuersumme von 302.539,32 M — in der II. Klasse 649 Wahlberechtigte mit einer Steuersumme von 293.053,32 M — in der III. Klasse 6187 Wahlberechtigte mit einer Steuersumme von 196.554,38 M.

Der Steuerbetrag des höchstbesteuerten Wählers der I. Klasse betrug 200.713,53 M, der II. Klasse 17.443,85 M und der III. Klasse 128,45 M. Von den insgesamt 6840 zugelassenen Wählern gingen nur 2039 tatsächlich wählen, und zwar

3 in der I. Klasse
343 in der II. Klasse
1693 in der III. Klasse.

Unter den „Kompromißkandidaten“ der III. Klasse kamen 3 Kandidaten der Liberalen und des Zentrums durch, während ein der SPD nahestehender Kandidat unterlag. Über die hier üblichen Methoden gezielter Verwirrung des Wählers zeugt ein Flugblatt aus dem damaligen Wahlkampf. Der Unterlegene legte im übrigen Einspruch gegen die Gültigkeit ein und obsiegte

1875 fand der Einigungsparteitag in Gotha statt. Drei Jahre später, am 19. Oktober 1878, wurde das sogenannte Sozialistengesetz verabschiedet. Bis 1890 drängte es die Sozialdemokratie in die Illegalität. Der Arbeiterbewegung insgesamt wurde ein schwerer Schlag versetzt. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen und Verurteilungen engagierter Arbeiterführer, zum Teil aus nichtigen Anlässen. Die Arbeiterschaft reagierte auf dieses Gesetz mit Mißtrauen und Feindschaft dem Staat gegenüber. Man sah ihn als Unterdrückungsmittel der herrschenden Klasse an.

schließlich vor dem Oberverwaltungsgericht in Berlin. In diesem Urteil vom 30. März 1906 werden mehrere Formfehler des Magistrats von Herner aufgeführt, als Kern der Entscheidung wurde dargelegt:

.....die Wähler haben ein Recht darauf, daß ihnen zur Einsicht eine Liste vorgelegt wird, aus der die richtige Drittelung der gesamten Wählerschaft und die Eintragung ihres eigenen Namens an der richtigen Stelle ersichtlich ist."



Auch die Herner Bahnhofstraße gehörte zu den „besseren Adressen“.

Beinahe schon überflüssig zu erwähnen, daß die Polizei an den Wahlversammlungen der III. Klasse stets ein besonderes Interesse nahm. Es waren die Wahlversammlungen als öffentliche Versammlungen zur Überwachung anzumelden; zu ihnen wurden regelmäßig Polizeibeamte entsandt, die eingehend über den Ablauf unterrichteten.

Der hier gekennzeichnete Druck auf den einzelnen durch den Zwang zu öffentlicher Stimmabgabe zu Protokoll des Wahlvorstandes hat auch nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, trotz Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten, zu keiner Änderung des preußischen Wahlrechtes geführt. Noch im November 1914 wer-

den die Stadtverordnetenwahlen in Herne, das jetzt 63288 Einwohner hat, hat nach dem Dreiklassenwahlrecht ausgeführt. Es stehen

den Wahlberechtigten der III. Klasse von 9941 nur 1360 Wähler,

den Wahlberechtigten der II. Klasse von 1941 nur 543 Wähler,

den Wahlberechtigten der I. Klasse von 13 nur 10 Wähler gegenüber.

Erstmals gelangte auch ein Sozialdemokrat, Karl Hölkeskamp, in das Stadtparlament. Er wurde am 29. Januar 1915 in die Stadtverordnetenversammlung eingeführt. Erst seit diesem, wenn man die Gesamtgeschichte der Partei betrachtet, relativ späten Zeit-

punkt war der Herner SPD die Möglichkeit gegeben, auch im parlamentarischen Raum zu wirken.

Diese Widrigkeiten änderten sich erst, als nach Kriegsende die Sozialdemokraten die Macht im Staate übernahmen und die Republik gründeten.

Sämtliche Wahlergebnisse, mit Ausnahme der zum Reichstag, müssen bis zu diesem Zeitpunkt stets unter den oben genannten Einschränkungen betrachtet werden. Sie sagen im Grunde also recht wenig über die politische Stimmung im Volke aus, sehr viel aber über die damaligen Machtverhältnisse, die ein derartiges Wahlsystem überhaupt ermöglichten.

Preussische Gesetzsammlung

Jahrgang 1919

Nr. 6.

(Nr. 11730.) Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindevahlrechts vom 24. Januar 1919.

Die Preussische Regierung verordnet mit Gesetzeskraft, was folgt:

§ 1.

Die Mitglieder der Gemeindevertretungen werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirke seit 6 Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Ob diese Voraussetzungen zutreffen, entscheidet sich für das aktive Wahlrecht nach dem Zeitpunkte der Auslegung der Wählerliste.

Als Wohnsitz ist der Gemeindebezirk anzusehen, in dem jemand eine Wohnung unter Umständen innehat, die auf die Absicht der dauernden Beibehaltung schließen lassen.

„Die Ausschließung sozialdemokratischer Arbeiter seitens der Fabrikherren gewinnt an Ausbreitung und wird sich voraussichtlich verallgemeinern, sobald die Arbeitgeber in energischen gesetzlichen Maßregeln ihre Stütze sehen. Abgesehen von Krupp in Essen haben neuerdings die Union in Dortmund, verschiedene Zigarrenfabrikanten in Werther bei Bielefeld (Brandes, Spude) sozialdemokratische Arbeiter ausgeschlossen. Infolgedessen haben beispielsweise 27 Arbeiter des Brandes schriftlich ihren Austritt aus dem Verein angezeigt und sind in den Fabriken wieder angekommen.“

(Oberstaatsanwalt Irghan an den Justizminister, Hamm 1848)

Das Sozialistengesetz und die Folgen für die Herner Sozialdemokratie

Der Arbeiterbewegung blieb in den Anfängen nur das Mittel der Agitation. Die Forderung nach politischer und gesellschaftlicher Gleichberechtigung traf aber selbst in der Arbeiterschaft, vor allem in der „zugewanderten“, oft auf Unverständnis. Ein Klassenbewußtsein war nur in Teilen der Arbeiterschaft vorhanden.

Trotzdem war die Angst vor „sozialdemokratischen Bestrebungen“ groß im Bürgertum.

Der Regierungspräsident in Arnsberg stellte fest:

„Die unheilvolle Thätigkeit der sozialdemokratischen Agitatoren, welche sich schon gelegentlich der Reichstagswahlen in einem gegen früher wesentlich verstärkten Maße bemerkbar machte, hat nach den neuerdings gemachten Wahrnehmungen inzwischen an Intensivität noch zugenommen. Es unterliegt namentlich wohl keinem Zweifel, daß die Arbeitseinstellungen, welche im Laufe der Monate April und Mai auf verschiedenen Kohlenzechen des Regierungsbezirkes in Scene gesetzt wurden, sozialdemokratischer Agitation zuzuschreiben sind... Die Behörden haben demgegenüber die doppelte Verpflichtung, die Aktion der bekannten Leiter der Partei zu beobachten, die sozialdemokratische Presse und die Versammlungen der Partei... auf das Schärfste zu überwachen.“

Der stärkste und folgenreichste Ausdruck dieses

Unbehagens über den Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung war das Sozialistengesetz.

Durch dieses „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ wurden alle Organisationen verboten, „welche durch sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken“. Nach diesem Gesetz konnten auch unter Androhung hoher Strafen sozialdemokratische Versammlungen, Schriften und Zeitungen verboten werden.

Begründet wurde dieses Gesetz mit einem erneuten Mordversuch gegen „seine Majestät den Kaiser“. ...es habe sich von neuem gezeigt, wie leicht eine jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung bis zu mörderischen Taten sich zu steigern vermöge. Durch zahlreiche Fälle von Majestätsbeleidigungen, die sich an das erschütternde Ereignis knüpften, sei der Beweis geliefert, wie weit solche Gesinnung bereits um sich gegriffen habe.

Die staatlichen Repressionen führten zu einer verstärkten Hinwendung zu den Lehren von Marx und Engels, die vor allem von Eduard Bernstein und Karl Kautsky propagiert und popularisiert wurden. In gleichem Maße prägte sich aber auch die reformerische Praxis der Sozialdemokratie aus, die auch durch die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft gefördert wurde.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes gab sich die Partei 1890 in Halle ein neues Organisationsstatut und nahm den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) an.

„Die verbündeten Regierungen sind dadurch in der Überzeugung bestärkt worden, daß es zum Schutz von Staat und Gesellschaft unerlässlich sei, der verderblichen Agitation der Sozialdemokraten Einhalt zu tun, welche als die Hauptursache der zutage getretenen Verwirrung der Rechtsbegriffe und der Verwilderung der Gemüter angesehen werden muß“.

Die Annahme des Gesetzes erfolgte am 19. Oktober 1878. Die SPD war zu dieser Zeit mit neun Abgeordneten im Reichstag vertreten; unter den Vertretern, die für dieses Gesetz gestimmt hatten, waren 98 adligen Geschlechts. Gleichzeitig wurde versucht, durch eine Sozialgesetzgebung die Arbeiterschaft dem politischen Einfluß der Sozialdemokratie zu entziehen. Auch in Herne wurde durch das Sozialistengesetz und die daraufhin einsetzenden Polizeikontrollen die sozialdemokratische Partei in die Illegalität verdrängt. Gesangs-, Sport- und Spielvereine wurden daraufhin gegründet, um wenigstens den Zusammenhalt der Gleichgesinnten zu ermöglichen und die gegenseitige Kommunikation aufrecht zu erhalten.

In den Jahren 1878/79 fand in Herne eine Serie von Hausdurchsuchungen statt. Es wurden vereinzelt sozialdemokratische Schriften oder Hinweise auf Verteilerstellen von Druckerzeugnissen gefunden. Proteste gegen diese Unterdrückungsvorschriften äußerten sich gelegentlich in anonymen Flugschriften. Im Februar 1879 wurde dem Herner Amtmann von Bock ein „weltliches Gebet“, das „Neueste Vater Unser“, übersandt:

„Unser Vater Wilhelm, der Du bist in Berlin
 Dein Reich werde vertilgt auf Erden
 Dein Reich werde eine Republik
 Dein Wille geschehe nimmermehr
 Unser täglich Brot gibst Du uns doch nicht
 Bezahle Du uns unsere Schulden,
 wie wir sie Dir bezahlt haben
 Führe uns nicht unter Bismarcks Versuchungen
 Unser ist das Reich
 und Deine Herrlichkeit soll in die ägyptische Finsternis verwandelt werden
 von nun an bis in alle Ewigkeit
 Amen

Als einzige legale politische Betätigung blieb der Sozialdemokratie die Beteiligung an Reichstags- oder vereinzelt auch an Landtagswahlen auf dem Wege der Einzelkandidatur.

Für den Herner Raum kandidierte für den Reichstag der Bergarbeiterführer Otto Hue. Ein humoristischer Wahlslogan kursierte unter den Anhängern der Sozialdemokratie:

Du bist verrückt mein Kind
 das Zentrum hat 'n Spleen
 Haarmann (Gegendkandidat von Hue)
 bleibt in Witten sitzen
 Otto Hue geht nach Berlin.

Verschwiegenheit lautete das oberste Gebot während der Zeit der Sozialistengesetze. Wenn man an die Öffentlichkeit ging, dann gezwunge-

Reichs-Gesetzblatt.

N^o 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 351.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Vereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten. Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§. 2.

Auf eingebrachte Genossenschaften findet im Falle des §. 1 Abs. 2 des §. 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung.

Auf eingeschriebene Hülfskassen findet im gleichen Falle der §. 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfskassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 125 ff.) Anwendung.

§. 3.

Selbständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des Reichs-Gesetzbl. 1878. 67

Ausgegeben zu Berlin den 22. Oktober 1878.

nermaßen anonym. Die Namen der Genossen waren tabu, es existierten Listen mit Decknamen. Trotz dieser Widrigkeiten sind einige Namen der führenden Sozialdemokraten überliefert. Es waren die Bergarbeiter:

Lüker, Wilhelm (geb. 1858)
 Stodt, Friedrich (geb. 1858)
 Schulte, Georg (geb. 1860)
 Klein, Christian (geb. 1852)
 Moor, Johann (geb. 1860)
 Konze, Josef (geb. 1859)
 Reyga, Johann (geb. 1858)

Der Streik 1899 — Beispiele von Klassenjustiz in Herne:

Bergmann Johann Iwan wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, weil er Arbeitswillige mit einem Stock in der Hand und den Worten „Wartet nur bis heute Abend“ bedroht hatte.

Bergmann Ludkowski erhielt für Überzeugungsversuche an Arbeitswilligen in der Waschkau 8 Monate, Bergmann Fürkötter für ein ähnliches Vergehen in Anbetracht seiner Jugend 6 Monate.

Generalstaatsanwaltschaft Hamm I, 12 — Liste der Streiksachen 1899

Das Gesetz fällt, die Verfolgung bleibt

Mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes waren die Schikanen des Staatsapparates gegen die Sozialdemokratie keineswegs aufgehoben. Man änderte die Methoden, nicht die Zielrichtung. So machte im Jahre 1900 ein Polizeibeamter seinen Vorgesetzten den Vorschlag, die als sozialdemokratisches Versammlungsort bekannte Gaststätte Bomm aus baupolizeilichen Gründen zu schließen. Der Vorschlag wurde nur abgelehnt, weil man fürchtete, daß dann in einem größeren Lokal die Agitation hätte wirksamer betrieben werden können.

Auch die Gewerbeordnung nahm man als Vorwand, sozialdemokratische Aktionen zu stören. Im Jahre 1899 erging an die Polizeibehörden ein Schreiben, daß das Verteilen von Propagandamaterial an Sonntagen gegen das Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit verstoße und dagegen vorgegangen werden könne.

Eine ganze Fülle von Vorwänden lieferte den Staatsbehörden das preußische Vereinsgesetz von 1850. Man war, wie die Beispiele zeigen, nicht gerade kleinlich, was die Auslegung der Gesetze be-

traf. Die Sozialdemokratie war weiterhin der Willkür ausgesetzt.

Die Staatsmacht vergrößerte aus diesem Grunde ihren Polizeiapparat, die Gerichte waren zu unnachsichtiger Klassenjustiz angehalten. Viele hohe Freiheits- und Geldstrafen wurden auch in dieser Zeit gegen Sozialdemokraten verhängt. Für einen Teil der Bevölkerung gab es auch nach dem Sozialistengesetz ein Verbot politischer Betätigung.

Auf dem Erfurter Parteitag 1891 gab sich die SPD auch ein neues Programm. Der Marxismus wurde die offizielle theoretische Grundlage, allerdings mit einem reformerischen, an der Praxis orientierten Aktionsprogramm. Gegen Ende der 90er Jahre entwickelte sich der sogenannte Revisionismus, der sich vor allem gegen die Verleumdungstheorie des Marxismus wandte und auf gegenläufige Tendenzen hinwies. Eduard Bernstein, einer der Hauptvertreter dieser Richtung forderte eine Abkehr von radikal revolutionären Dogmen, um Widersprüche bei der praktischen Arbeit zu vermeiden.

Frauen, Schülern und Lehrlingen war die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und selbst die Teilnahme an Versammlungen verboten. Noch 1913 forderte der Arnberger Regierungspräsident den Bochumer Landrat auf zu überprüfen, obnichtgegenArbeiter-Turnvereine, in denen sich Jugendabteilungen gebildet hatten, „auf polizeilichem oder strafrechtlichem Weg vorgegangen werden kann.“



Frauen und Jugendlichen war auch nach dem Sozialistengesetz jegliche politische Betätigung verboten. Besonders die sozialdemokratisch orientierten Frauen schlossen sich trotzdem zusammen, in Nähkursen zum Beispiel.

„Die zivilrechtliche Haftbarmachung des Arbeitgebers oder seines Vertreters aus Anlaß eines Arbeitsunfalles ist ausgeschlossen, es sei denn, daß durch strafgerichtliches Urteil festgestellt ist, daß der in Anspruch Genommene den Unfall vorsätzlich — also nicht bloß grob fahrlässig — herbeigeführt hat.“

(§ 135 der Unfallversicherung, gültig bis 1919)

Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung — der gemeinsame Kampf gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung

Die Hoffnungen auf bessere Lebensbedingungen durch Arbeit in den Bergwerken wichen recht bald einer Ernüchterung. Die Arbeitsbedingungen waren auch aus damaliger Sicht alles andere als zufriedenstellend, die Sicherheit für Leib und Leben ließ zu wünschen übrig, und die Behandlung der Bergarbeiter vor allem von Seiten der niederen Bergbeamten war zum Teil entwürdigend. Es kam sehr bald nach den ersten Zechengründungen zu Arbeitsniederlegungen im Herner Raum. Der erste Streik ist bereits im Jahre 1861 zu verzeichnen. Ein Jahr nach Beginn der Arbeitsaufnahme kam es auf der Zeche Shamrock zu einem Ausstand.

Der irische Anteilseigner Mulvany forderte vom Herner Amtmann von Forell schriftlich Polizeischutz für die arbeitswilligen Arbeiter, die „auf dem Weg von und nach der Zeche angehalten und mißhandelt werden.“

Bereits einen Tag später bat von Forell um die Namen der Rädelsführer des Streiks, „um entsprechende Aktionen einzuleiten.“

Ab 1874 kam es auch im Bergbau zu einer Phase der wirtschaftlichen Depression. Die Löhne sanken kontinuierlich, erst ab 1887 zeichnete sich wieder eine gewisse konjunkturelle Belebung ab. Zwei Jahre später kam es dann zu einer ausgedehnten Streikbewegung im Ruhrgebiet.

Die Zeitung „Tremonia“ berichtet in ihrer Ausgabe vom 5. Mai 1889 über den Streikausbruch:

„Der Stein ist in's Rollen gebracht, auf einigen Zechen hiesiger Gegend, wo seit mehreren Tagen ein teilweiser Streik versucht war, ist es heute zum Aufruhr gekommen. Soeben, 4 3/4 Uhr nachmittags, treffen per Extrazug von Münster 2 verstärkte Kompanien des 13. Regiments hier selbst ein, um die Ruhe und Ordnung auf den umliegenden Zechen aufrecht zu erhalten. Nach Gelsenkirchen, woselbst verschiedene Wirtschaften schrecklich demoliert wurden, z.B. Hotel Feller, und worin alle übrigen Schanklokale polizeilich geschlossen waren, fuhr eine Kompanie sofort weiter, während die andere sich auf die benachbarten Zechen, „Königsgrube“, „Pluto“ und die Schächte „Unser Fritz“ und „Wilhelm“ verteilte und sofort dahin abrückte. Es herrscht hier kolossale Aufregung.“

Die Sozialdemokratie spielte zu dieser Zeit im Ruhrgebiet noch keine allzu große Rolle. Dazu bemerkt die oben zitierte Zeitung:

„— Ueberhaupt sind infolge der mehr christlichen Gesinnung der Arbeiter der hiesigen Gegend und des dadurch verminderten Einflusses der Sozialdemokratie so leicht keine Ausschreitungen zu befürchten.“

Am 7. Mai 1889 kam es in Herne zu einem Zwischenfall mit tödlichem Ausgang. Der Zeitungsbericht hierzu:

„Hier kam es leider auch zu einem bedauerlichen Auftritt zwischen den Polizeibeamten und den streikenden Bergleuten, denen sich seit heute Mittag auch noch die ganze Belegschaft der Zeche „Mont Cenis“ angeschlossen, sodaß jetzt alle umliegenden Zechen in den Streik eingeschlossen sind. Als gestern Abend eine große Zahl der Streikenden die Straßen der Stadt in kleineren Abteilungen durchzog, fielen plötzlich aus einer derselben zwei auf einen der sie begleitenden Polizeibeamten gerichtete Revolverschüsse, welche jedoch glücklicherweise fehl gingen. Sich rasch wendend zieht auch der Beamte seinen Revolver, und tot getroffen sinkt der Bergmann zu Boden: die Kugel war ihm oberhalb der Nase in's Gehirn gedrungen.“

„Ihr habt den Kontrakt gebrochen und dadurch die Werksbesitzer schwer geschädigt. Ich habe bereits Schritte getan die Sache untersuchen zu lassen. Ich habe alle meine Regierungsorgane beauftragt die Sache genau zu untersuchen wen die Schuld trifft. Sollte die Sache aber eine Parteiverschiebung werden, hauptsächlich zur Sozialdemokratie — ein Sozialdemokrat ist bei mir ein Reichs- und Vaterlandsfeind — so werde Ich alle Meine Macht einsetzen und Meine Macht ist stark. Dann werde Ich aber auch alles über den Haufen schießen lassen...“

(Kaiser Wilhelm II. zur Bergarbeiter-Deputation 1889.)

Eine wesentliche Folge der Streikbewegung waren fortgesetzte Organisationsbestrebungen innerhalb der Bergarbeiterschaft.

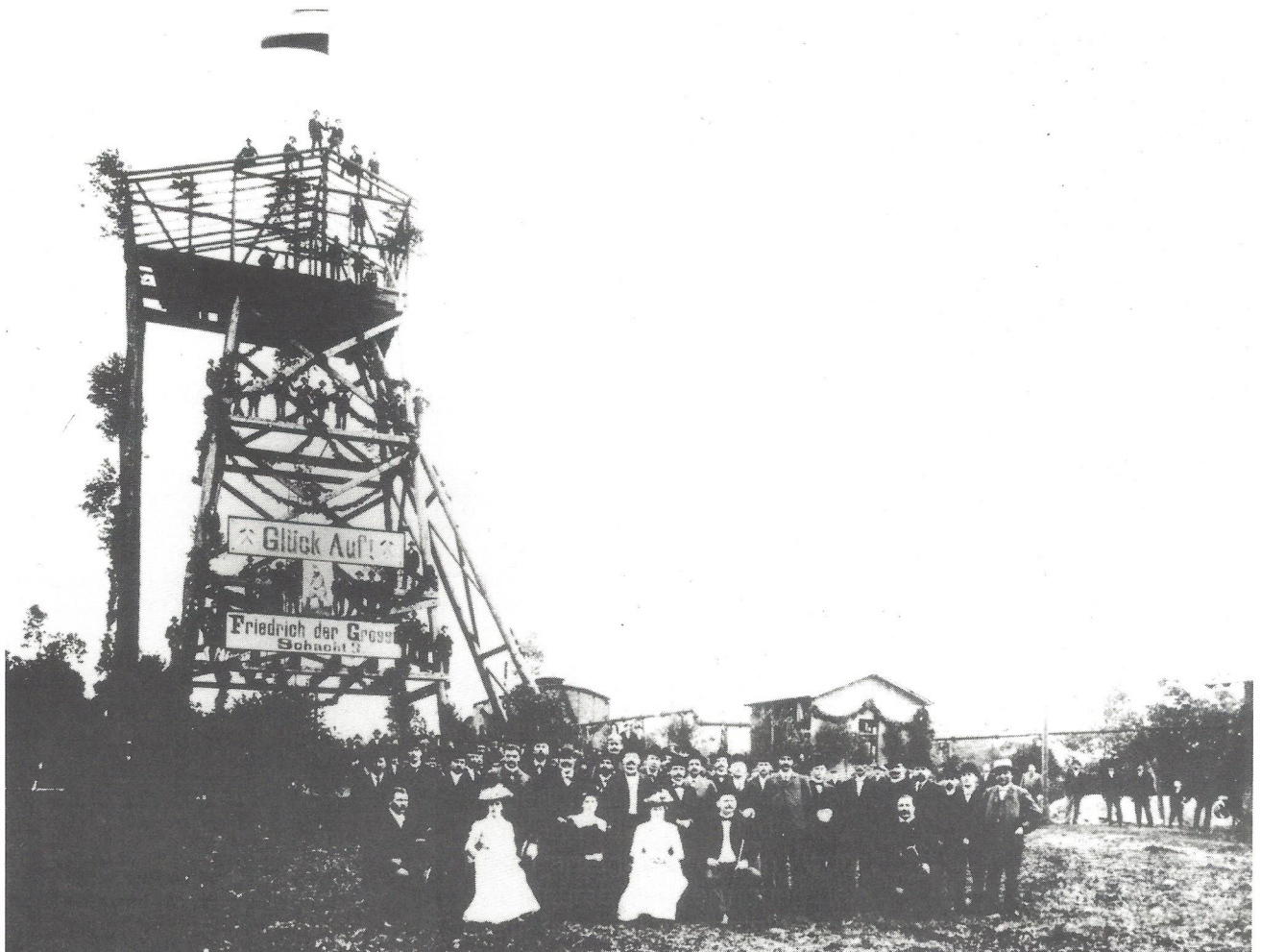
Der westfälische Merkur berichtet dazu in seiner Ausgabe vom 9. Juli 1889:

„Fortgesetzt finden in den einzelnen Revieren des Industriebezirks Bergarbeiter-Versammlungen statt, die samt und sonders Organisationszwecken dienen. In Herne waren auf heute Nachmittag zwei Versammlungen einberufen, was um so mehr auf-

fallen mußte, als dieselben in demselben Locale abgehalten werden sollten. In Wirklichkeit hat man es in dem Herner Revier mit zwei ganz verschiedenen Richtungen zu thun, wie der Verlauf der heutigen Versammlungen deutlich zeigte. Die erste war von dem Bergmann und Delegirten Beyger einerufen. Derselbe hat heute die Arbeit noch nicht aufgenommen, weil, wie er angab, die Zechenverwaltungen nicht alle Forderungen erfüllt hätten. Nach seiner Ansicht haben die Delegirten zuviel Zugeständnisse gemacht. Er will einen Verband nur für das Herner Revier gegründet wissen.“

Im Juli 1914, als die Kriegsgefahr immer größer wurde, warnte die SPD vor dem Krieg und forderte eine internationale Völkerverbrüderung. Am 4. August 1914 stimmte die SPD-Fraktion im Reichstag, wo man mittlerweile stärkste Fraktion war, trotzdem für die Kriegskredite. Der Parteivorsitzende Hugo Haase erklärte dazu: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Haase hatte zuvor in der Fraktionssitzung zusammen mit dreizehn weiteren Abgeordneten gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt.

Allmählich wich das bis dahin eher ständische Selbstverständnis innerhalb der Bergarbeiterschaft einem klassengebundenen Selbstbewußtsein. Mit dazu beigetragen hatte ne-



Das Bild trauter Eintracht täuscht. Schon bald nach den ersten Schachtabteufungen kam es zu Arbeitskämpfen, die auf beiden Seiten nicht gerade zimperlich geführt wurden.

ben den Erfahrungen bei den Arbeitskämpfen die immer wieder provokante Haltung der Zechenleitungen, die selbst in bürgerlichen Kreisen auf Unverständnis stieß.

Die „Westfälische Volkszeitung“ führt als Beispiel einen Ukas des Betriebsführers Joachim der Zeche Shamrock an. Darin heißt es wörtlich:

„Morgen Samstag wird eine 5/4 Schicht gemacht und arbeitet demnach die Frühschicht bis nachmittags 3 Uhr; die Nachmittagschicht bis nachts 2 Uhr.

Es giebt so verschiedene Arbeiter, die bis abends 8 Uhr schon auskneifen, trotzdem ihre Schicht bis 10 Uhr dauert.

Außerdem findet sich noch eine Sorte, die den Ueberschichten aus dem Wege gehen, weil sie bange sind, zu viel zu verdienen, und würde ihnen dann das Geld zu viele Kopfschmerzen bereiten.

Diese beiden Kategorien von Arbeitern gehören zum Arbeiter-Ausschuß, und thäten besser, wenn sie den Namen Bergmann an den Nagel hängen, und würden Ziegelbäcker.

Ich habe aber noch einen anderen

Ausdruck resp. Bezeichnung, die ich aber hier nicht anführen will für die beiden Kategorien von Arbeitern, sonst würden dieselben zu viele Ueberschichten machen, und noch länger als bis 10 Uhr abends in der Grube bleiben.

Ich hoffe, daß die betroffenen den Inhalt dieses verstehen, sonst werde ich mal für solche Fremdwörter gebrauchen.

Zeche Shamrock, den 14. März 1889.”

An die Zechenleitungen war außerdem die Empfehlung gegangen: „Socialdemokratische und andere aufrührerische Elemente“ aus der Belegschaft zu entfernen. Die sogenannten „Schwarzen Listen“ entstanden. Kündigungen waren nicht selten und für die Betroffenen mit unvorstellbaren Härten verbunden, vor allem wenn Familien vorhanden waren.

Trotz politischer Verfolgung und wirtschaftlicher Pressionen wurde der Einfluß der Sozialdemokratie innerhalb der Arbeiterbewegung immer stär-

ker. Größere Differenzen zur Gewerkschaftsbewegung hatte es ohnehin nicht gegeben, mit Aufhebung der Sozialistengesetze (1890) wurde die enge, zum Teil auch personelle, Verbindung beider Organisationen immer deutlicher.

Im Jahre 1899 kam es in Herne erneut zu einer organisierten Arbeitsniederlegung. Diesmal waren unter anderem auch politische Hintergründe (sog. Zuchthausvorlage im Reichstag) für den Streik verantwortlich.

Durch massiven Militäreinsatz wurde diese Streikbewegung beendet. Die Bilanz: drei Tote, zwölf Verletzte und 74 durch Streikende mißhandelte Personen.

4. Rundschreiben des Bergbauvereins an die Mitgliedszechen anläßlich der Herner Ereignisse 1899

An die Vereinszechen

Im Anschluß an das Rundschreiben vom gestrigen Tage — Nr. 11 — teilen wir Ihnen mit, daß die auf den Herner Zechen eingetretene Bewegung inzwischen auch die Zeche Mont Cenis ergriffen hat. Mittlerweile hat sich die grundlegende Ursache der Bewegung herausgestellt. Von vornherein war aufgefallen, daß die Führer der gesamten Bewegung ausschließlich polnischer Nationalität waren und ihre Gefolgschaft sich völlig aus denselben Elementen zusammensetzte.

Diese ganze Aktion ist nun — wie aus untrüglichen Anzeichen erwiesen ist — mit der Vereinigung polnischer Sozialdemokraten in Berlin vorher verabredet worden, welche die hiesigen polnischen Sozialdemokraten für ihre Zwecke auszubeuten versteht.

Als Träger der Ausstandsbewegung waren von dem Vertrauensmann der Herner polnischen Sozialdemokraten die folgenden seiner Vereinsgenossen in Aussicht genommen:

Adamski
Lipinski
Jimmy
Muranti
Fiminski
Zielinski
Dolny
Ostrowsky
Piper
Lange
Wiche

Binioni
Bzowy
Michael Kaczmarek
Jakobowski
Korzuta
Pawlak
Lewandowsky
Skonicozny
Nowak
Wilczak
Jen

Szlenicki
Wyplala
Stachowicz
Albert Scymanniak
Hamet
Kaznierczak
Kasemir Musielewicz
Lotanowicz
Blazejczak (Baukau)
Jazufalski

Diese Personen, welche frivol den Ausstand im Einvernehmen mit fremden Agitatoren herbeigeführt haben, müssen von der Bergarbeit im hiesigen Revier ausgeschlossen sein und bleiben.

Verein für die bergbauliche Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund. Essen, den 28. 6. 1899. Druckfassung in: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Münster 2847c.



Zu einem offenen Bruch der Fraktion kam es dann 1916 als wiederum die Mehrheit einem Notetat zustimmte, während Hugo Haase und eine Minderheit dagegen waren. Man bildete unter dem Namen Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eine selbständige Fraktion, später entwickelte sich daraus die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Die revolutionären Ereignisse in Rußland (Februar und Oktober 1917) zeigten Wirkungen auch im Deutschen Reich. In der Beurteilung des Sowjetsystems Leninscher Prägung schieden sich allerdings die Geister in der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Ort des Geschehens im Bild: die Schulstraße.

2. Bericht des Gendarmen Warnecke über seinen Einsatz während der Unruhen

Gendarm Warnecke (7. Gendarmerie-Brigade, Bochumer Offiziers-Distrikt) an Oberwachtmeister Britt, Bochum, Dorstfeld, 7. 7. 1899. Staatsarchiv Münster, Regierung Arnsberg I, 42.

Auf den Befehl vom heutigen Tage berichte ich folgendes: Am 27. v[origen] M[onats] telefonisch nach Herne beordert, kam ich daselbst gegen 6 Uhr n[achmittags] an behufs Meldung bei der Polizeibehörde, um mich dann nach meinem Kommando-Ort, Zeche Konstantin IV, zu begeben.

Auf der Mont-Cenis-Straße, in der Nähe des Kirchplatzes, wurde ich von einzelnen Personen in Kenntnis gesetzt, daß in der Nähe der Polizeistation sich zwei Polizeibeamte in arger Bedrängnis befänden. Ich ritt schneller und, nachdem die Schulstraße zu übersehen war, bemerkte ich in einer Entfernung von ungefähr 120 m die Beamten (wie ich festgestellt habe, hießen dieselben Ziegler und Stephan aus Baukau), welche zwei Arrestanten transportierten und von Hunderten von Personen umgeben waren, welche beabsichtigten, die Gefangenen zu befreien.

Sofort sprengte ich mit gezogenem Säbel dazwischen, wodurch das Volk stutzte und zurückwich, so daß die Polizeibeamten ihren Transport unbehelligt abliefern konnten.

In den vorderen Reihen bemerkte ich zwei Mann, welche ihre Revolver auf mich richteten und jeder zwei Schuß abfeuerten (im ganzen fielen etwa 8 Schuß). Diese verfolgte ich. Sie liefen auf einen freien Platz, und als ich auch dorthin folgte, hinter ein etwas zurückstehendes Haus. Hier hatten sich nun noch andere hingeflüchtet, so daß ich die Betreffenden aus dem Auge verlor.

Diese Ecke wurde begrenzt: einerseits durch das Haus, andererseits durch einen dahinter befindlichen Stall, von vorn durch eine etwa 2 1/2 m hohe Bretterwand und von hinten durch mich. Hier machte ich von der Hiebwaaffe nach Kräften Gebrauch, so daß alles über den Zaun floh. Nun ritt ich zurück nach der Straße. Daselbst hatte sich das vorher auseinander gesprengte Volk wieder gesammelt und mit Steinen bewaffnet, und zwar, was zu finden war: Pflaster-, Ziegelsteine und Kleinschlag.

Als ich zum Vorschein kam, flog ein Regen von Steinen, doch im nächsten Augenblick war ich dazwischen, um die Ansammlung auseinander zu hauen. Die größere Masse flüchtete über die Marienstraße der Bahnhofsstraße zu, wo sich dieselbe im Gewühl der Bahnhofsstraße verlor. Diese verfolgte ich und machte die Passage der Marienstraße frei. Da sich auf der Bahnhofsstraße alles ruhig verhielt, ritt ich zum Polizeibüro, meldete mich daselbst und begab mich zu meinem Kommando-Ort Zeche Konstantin IV. Ich selbst bin weder von einer Kugel noch Stein getroffen worden, jedoch flog ein ziemlich dicker Stein an den Kolben des Karabiners, welcher dadurch etwas lädiert worden ist. Mein Pferd muß einzelne Steinwürfe bekommen haben, doch war eine Verletzung nicht zu finden, nur schont dasselbe infolge Überanstrengung auf beiden Vorderbeinen. Von der Hiebwaaffe habe ich energischen Gebrauch gemacht und sind auch jedenfalls welche Personen verletzt worden; wo und wie, kann ich jedoch nicht angeben. Zu einer anderen Waffe überzugehen, war nicht angängig, da der Übergang von einer zur anderen Waffe dem Pöbel Zeit ließ, meinem Pferd in die Zügel zu fallen und so meinen Stand [zu erschweren]. Wegen der übergroßen Volksmassen konnte keine Arretierung sowie Namensfeststellung erfolgen.

[gez.] Warnecke,
berittener Gendarm der 7. Gendarmerie-Brigade.

Grubenarbeiterstreik im Herner Revier.

Herne, 29. Juni, Abends 6,30 Uhr.

Vom gestrigen Abend ist nachzutragen, daß es auf dem Zechenplatz von Shamrock I und II zu erregten Szenen kam. Aus der Menge wurde mit Revolvern geschossen. Die Gensdarmrie trieb die Aufreißer auseinander und stellte die Ruhe her. Nach der Ankunft des Militärs fanden keine Ausschreitungen mehr statt. Es trafen ein: drei Bataillone Infanterie (ein Bataillon des Regts. 39, zwei Bataillone des Regts. 57) sowie anderthalb Schwadronen Kürassiere des Regts. Nr. 4 aus Münster. Diese Truppen sind vertheilt auf die Stadt Herne und die Ortschaften Bantau und Dorsthausen. Das Gefanimo kommando liegt in den Händen des Obersten Taubert vom Infanterie-Regiment Nr. 57. Es liegen auf den Zechen „Mont Genis“, „Shamrock“, „Friedrich der Große“, „von der Sendt“ „Julia“ und „Konstantin“ (12) ein Streik im Spiegel der Presse. Ein Extrablatt des „Märkischen Sprechers“.

Der nächste Konflikt wurde von den Arbeitgebern direkt programmiert. Auf einigen Zechen des Ruhrtales hatten die Bergbauunternehmer versucht, die Schichtzeit zu verlängern. Die Sicherung der Achtstundenschicht stand deshalb im Vordergrund der Streikbewegung. Am 11. Januar 1905 fand im Nußbaumschen Saal in Herne eine Belegschaftsversammlung der Zeche Shamrock 1/2 statt. Der Herner Vertreter des Alten Verbandes, Graf, stellte im Verlauf der Sitzung die Frage: „Wollt Ihr anfahren oder nicht?“ — „Streik“ war die Antwort aus der Menge.

Graf schloß die Versammlung mit den Worten: „Hungert, aber kriecht nicht!“

Am 30. Januar 1905 kündigte Handelsminister Möller eine Novellierung des Berggesetzes an, mit einer gesetzlichen Arbeitszeit- und Überschichtenregelung. Die wesentlichen Forderungen wurden damit als erfüllt angesehen, der Streik wurde beendet.

Für die Zeit nach dem Streik von 1905 konnte eine anhaltende Aufwärtsentwicklung bei den Bergarbeiterlöhnen

festgestellt werden. Ab 1908 wurde diese Tendenz umgekehrt, die Löhne sanken drastisch. Die negative Lohnsituation und eine damit verbundene Steigerung der Lebenshaltungskosten führte 1912 zu einem gut vorbereiteten, wohlorganisierten Arbeitskampf.

Die Christliche Gewerkschaft schloß sich von diesem Streik ausdrücklich aus.

Die Auseinandersetzungen mit den arbeitswilligen Bergarbeitern spitzten sich zu. Die Streikbrecher, wie sie von den kampfbereiten Arbeitern abfällig genannt wurden, wurden unter Polizeischutz zu den Zechen geleitet.

Hier warteten bereits die um ihre Rechte kämpfenden Bergarbeiter, oft begleitet von ihren Ehefrauen. Gerade die Frauen waren besonders aktiv, was das Verteilen von Flugblättern betraf. Außerdem versuchten sie, den Streikbrechern den Zutritt zum Zechengelände zu verwehren.

Zum Schutz gegen die berittene Polizei führten sie Regenschirme mit sich, die, wenn sie aufgespannt wurden, die Polizeipferde scheuen ließen. Auf diese Weise konnten sie das

Einreiten in ihre Reihen verhindern.

Die Polizeigewalt war auch nach der Aufhebung der Sozialistengesetze ungebrochen. Der kleinste Anlaß genügte oft, um einen vermeintlichen Anführer festzusetzen.

Bei einem unter polizeilichem Schutz stehenden Zug von Streikbrechern zur Zeche Shamrock ertönte in Höhe des Hauses Shamrockstraße 1, in dem sich eine Filiale des Konsum-Vereins Wohlfahrt befand, der Ruf „Pfui Streikbrecher“ aus der Menschenmenge. Die Polizei verdächtigte sofort die fensterputzende Frau des bekannten Genossen und Konsum-Verein Leiters Heinrich Crämer. Hoch zu Pferd ritt der Polizeikommandant in den Hausflur und beorderte lautstark die Verdächtigten nach draußen. Nur die sich steigernde Erregung der Menschen auf der Straße und die Versicherung, der Ruf sei aus der Menge gekommen, verhinderte die Verhaftung der Frau.

Am 15. März 1912 rückte Militär in Herne ein, die Streikfront bröckelte daraufhin ab. Bei einer Abstimmung entschieden sich zwar die Arbeiter mit deutlicher Mehrheit für eine Fortführung des Streiks, die erforderliche 3/4 Mehrheit wurde jedoch nicht erreicht. Der Streik wurde daraufhin abgebrochen. Im Jahre 1917 kam es zu einem begrenzten Ausstand auf der Zeche Teutoburgia. Es war in den Kriegswirren zu einem Engpaß in der Lebensmittelversorgung gekommen. Auch hier beendete das Militär den Arbeitskampf.

„Niemals, niemals werden die deutschen Arbeitgeber mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen oder anderen außerhalb stehenden Leuten auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln.“

(Henri Axel Bueck, Centralverband der Deutschen Industrie, 1890)

„Die Arbeiter haben kein Vaterland“ heißt es im kommunistischen Manifest von Karl Marx. Die Sozialdemokratie machte 1914 völlig entgegengesetzte Erfahrungen. Eine Welle nationaler Euphorie hatte auch große Teile der Arbeiterschaft erfaßt. Der kaiserlichen Regierung und dem Militär war es gelungen, die Bevölkerung für ihre Kriegsziele zu gewinnen. Die SPD-Reichstagsfraktion stimmte unter diesem Druck von außen und trotz starker Bedenken für die Kriegskredite. Eine Verweigerung hätte der Partei den Rückhalt auch in großen Teilen ihrer Wählerschaft gekostet.

Der anfängliche Patriotismus und die Kriegsbegeisterung in der Bevölkerung schlugen aber um, als die militärische Lage immer aussichtsloser wurde und die annexionistischen Ziele des Militärs immer offener zutage traten. Es kam zu einer Reihe von Streiks mit pazifistischen Forderungen. Man wollte den Frieden und nicht mehr die Kriegspolitik der Monarchie. Die Sozialdemokratie stand am Ende des Ersten Weltkrieges vor der schweren Aufgabe, die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Sie hatte zwar Einfluß und Rückhalt innerhalb der spontan entstandenen Arbeiter- und Soldatenräte, das große Ziel blieb jedoch die parlamentarische Demokratie.

Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert war inzwischen als Reichskanzler eingesetzt worden, man wollte jedoch so bald wie möglich auch das Mandat des Volkes. Es wurde beschlossen, am 19. Januar 1919

Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen. Erstmals waren auch Frauen stimmberechtigt; jede Stimme galt nun gleich viel.

Trotz aller Erwartungen blieb das erhoffte Votum für eine sozialistische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft aus. SPD und USPD erreichten zusammen nur 45,5 % der Wählerstimmen. Man respektierte den Wählerwillen und die SPD (ohne Unabhängige) ging eine Koalition mit der Deutschen Demokratischen Partei und dem Zentrum ein, um den neuen Staat aufzubauen.

Die Verfassung der ersten parlamentarischen Demokratie brachte dem deutschen Volk nicht nur die politische Gleichberechtigung, auch grundlegende Rechte für die Gewerkschaften wurden in ihr verankert.

In Artikel 159 der Weimarer Verfassung wurde das uneingeschränkte Recht der Koalitionsfreiheit niedergelegt:

„Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheiten einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

Im November 1918 gaben in Kiel Matrosen das Zeichen zum Aufstand gegen den Krieg und das überkommene Herrschaftssystem. Sehr schnell griff die Revolution ins Landesinnere über. In München proklamierte Kurt Eisner (USPD) eine Räte-Republik, zur gleichen Zeit forderte die MSPD ultimativ den Rücktritt des Kaisers. Nach eindrucksvollen Kundgebungen von Arbeitern und Soldaten verkündigte der damalige Regierungsführer Prinz Max von Baden die Abdankung des Kaisers und übergab dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers.

Der Artikel 165 sah für die Arbeiter und Angestellten „Zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Bezirksarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat“... vor.

1920 wurde als erster Schritt das Betriebsrätegesetz verabschiedet. Danach mußte jährlich in Betrieben ab 20 Beschäftigten ein Betriebsrat gewählt werden.

Bereits kurz nach Ausbruch der Revolution war es zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften gekommen. Freiwillig verzichteten die Arbeitgeber auf ihre bis dahin uneingeschränkten Machtbefugnisse.

Die Einführung des Acht-Stunden-Arbeitstages war ein wesentlicher Bestandteil des Abkommens.

~~Entwurf~~

Die Verfassung des Deutschen Reichs.
Vom 11. August 1919.

Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

Schwarzburg, d. 11. August 1919

Der Reichspräsident

Mueller

In Herne war es die Sozialdemokratie, die die Initiative ergriff und in den Revolutionswirren die Übersicht behielt. Ein Arbeiter- und Soldatenrat übernahm die Verantwortung im Stadtgebiet unter maßgeblicher Beteiligung der Sozialdemokraten.

Vorangegangen war eine auf Einladung der Stadtverwaltung erfolgte Zusammenkunft politischer Parteien, Gewerkschaften und auch Arbeitgeber. Ein Ordnungsausschuß wurde gebildet, der die schwierige Aufgabe übernahm, nicht nur für Ruhe und Ordnung, sondern auch für eine gerechte Verteilung der Lebensmittel zu sorgen. Ein Aufruf an die Bevölkerung zur Besonnenheit war von dem damaligen SPD-Parteisekretär Karl Hölkeskamp unterzeichnet.

Am 9. November 1918 war die Revolution auch in Herne spürbar. Den auf der Zeche Friedrich der Große zwangsbeschäftigten Militärgefangenen war es gelungen sich zu befreien. Nach Plünderung der Kantine zogen sie geschlossen zum Rathaus. Der Ordnungsausschuß stellte den Militärgefangenen einen Heimatfahrschein aus, um ihnen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen.

Auf dem Herner Bahnhof hatte sich ein aus Militärurlaubern und Lazarettinsassen bestehender Soldatenrat gebildet. Dessen erste Tat war die Befreiung der Gefängnisinsassen und die Entwaffnung der Polizei.

Am Nachmittag fand auf dem Herner Neumarkt eine große Volksversammlung statt, zu

der die SPD aufgerufen hatte.

Redner waren Karl Hölkeskamp und Jakob Hilge. Im Anschluß an diese Versammlung zogen unorganisierte Massen zum Rathaus und hißten auf dem Rathhausturm die rote Fahne.

Am Abend war die Gaststätte Bomm Treffpunkt von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Das Ergebnis dieser Veranstaltung war die Bildung eines Arbeiterrates. Noch am gleichen Abend kam es im Herner Rathaus zu einer Zusammenkunft von Vertretern der Verwaltung, dem Arbeiter- und dem Soldatenrat. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach der Arbeiter- und der Soldatenrat die öffentliche vollziehende Gewalt ausüben sollte.

Niederschrift

Über die am 9. November 1918 im Rathaus stattgefundene Sitzung betreffend Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates.

+++++

Um 9 Uhr wird die Sitzung eröffnet.

Anwesend sind:

*Oberbürgermeister Dr. Sporleder,
Hölkeskamp, Dr. Suckamp, E. Seltnann, Vietermann,
Ingmanns, Cuno, Hilge, Benz, Lüoking, Köchling,
Wehling, Fritz Müller, E. Pohle, Richter, Hüttenmann,
Kindmann.*

Herr Hölkeskamp teilt mit, dass sich ein Arbeiterrat gebildet habe, der aus 15 Vertreter der soz. Partei und 1 Vertreter der städtischen Beamten schon zusammen setze...

Das gemeinsame Vorgehen von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern verschaffte Herne eine Sonderstellung in den Revolutionswirren. Im Gegensatz zu anderen Revierstädten herrschten in Herne geordnete Verhältnisse, so daß hier eine Schutzzentrale auch für die umliegenden Städte Castrop-Rauxel, Wanne-Eickel, Bochum, Bottrop, Kamen, Herten, Gelsenkirchen und Wattenscheid gegründet wurde. Im Vordergrund stand die Verteidigung der jungen Republik gegen Aufständische von rechts und links. Noch unerfahren und naiv im Umgang mit den Militärs und zu sehr vertrauend auf dessen Staatstreue, kam es immer wieder zu unkontrollierbaren Auswüchsen. In Berlin wurden bei den Januarunruhen 1919 Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von Soldaten der Freikorps ermordet.

Die größte Bewährungsprobe stand der Republik aber noch bevor. Wieder waren es die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die durch energisches, gemeinsames Vorgehen die gesammelten und erstarkten reaktionären Kräfte in die Schranken wiesen. Nach dem umstrittenen Versailler Friedensvertrag sollte die Stärke des Militärs reduziert werden. Schon beim ersten Auflösungsbefehl, 15 Monate nach dem Zusammenbruch, kam es zum offenen Putsch der Militärs gegen die junge Republik, bekannt geworden unter dem Namen Kapp-Putsch.

Die Regierung wurde abgesetzt, das Militär übernahm die Herrschaft. Am 15. März 1920 ruhte daraufhin in ganz Deutschland durch einen von den Gewerkschaften ausgerufenen Generalstreik die Arbeit.

Im Ruhrgebiet kam es zu bewaffneten Kämpfen der Arbeiterschaft gegen die Reichswehr. Vorangegangen war wieder die Bildung von Arbeiterräten, die sich schon einmal in Zeiten der Unruhe bewährt hatten. Etwa 100000 Arbeiter kämpften in der sogenannten Roten Ruhr Armee gegen die übermächtig erscheinende Reichswehr. Trotzdem errangen die Arbeiter eindrucksvolle Siege, die, in Verbindung mit dem Generalstreik, die Putschisten zur Aufgabe zwangen. Die Anführer flohen ins Ausland. Die Putschistenherrschaft dauerte nur fünf Tage. Damit waren die Kämpfe allerdings noch nicht zu Ende. Große Teile der Roten Ruhr Armee hatten sich während der Kämpfe verselbständigt. Sie folgten den Aufrufen der SPD und der Gewerkschaften zur Beendigung der Kämpfe und zur Arbeitsaufnahme zunächst nicht.

Sie standen zum Teil unter kommunistischem Einfluß und wollten die Revolution nach russischem Vorbild. Erst nach dem Bielefelder Abkommen vom 24. März 1920 in dem die

„Kein Bruderkampf“ innerhalb der sozialistischen Bewegung war die vorherrschende Stimmung in dieser Zeit. Es bildete sich eine paritätisch zusammengesetzte Regierung aus MSPD und USPD. Die Koalition zerbrach jedoch noch im gleichen Jahr. Am 11. Februar 1919 wählte die Nationalversammlung Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten. Auf ihrem Parteitag 1921 in Görlitz erklärte sich die SPD als Volks- und demokratische Staatspartei. Die Republik sah sie als „durch die historische Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform“.

Regierung zusicherte, daß ein Einmarsch der Reichswehr in das Revier nach der Niederlegung der Waffen nicht stattfinden würde, führte zu einer Beruhigung der Lage. Herne war für die Rote Ruhr Armee nur eine Durchgangsstation. Beim Rückzug hielt man sich nur für kurze Zeit im Stadtgebiet auf. Hier kam es allerdings zu einem Zwischenfall, als bekannt wurde, daß die Herner Arbeiterwehr im Rathaus ihre Waffen zurückgab. Bei einem Sturm auf das Rathaus nahm man die Waffen als Beute mit.

Handreich auf das Herner Rathaus

erhöhte die allgemeine Aufregung. Ein von Bochum her kommendes schwer bewaffnetes Automobil jagte gegen 6 Uhr abends die Bahnhofstraße hinunter und bog in die Behrensstraße ein. Im Schutze der von dem zu dieser Zeit gerade herrschenden Wirbelsturm aufgeweichten Staubwolken gelangte das Auto bis zum Ausgang der Behrensstraße. Im Handumdrehen wurde hier vor dem Geschäft der Firma Weibel ein Maschinengewehr aufgebaut und feuerfertig gemacht. Die Insassen des Autos sprangen ab und gingen dann in Schützenlinie gegen das Rathaus vor. Hier hatten sich gerade eine Anzahl Mitglieder der Herner Ordnungswehr versammelt um gemäß der Erklärung des Arbeiterrats ihre Waffen abzuliefern und ihre Löhnung zu empfangen, als die Angreifer auch schon in das Rathaus eindrangen und die Ein- und Ausgänge besetzten. Die Kädt. Beamten und Angestellten wie auch die anwesenden Mitglieder der Ordnungswehr verließen die Büros und das Rathaus, als letzter begab sich auch Oberbürgermeister Dr. Sporleder unbehelligt nach Hause. Die Stadtverwaltung wurde von der Rathausbesatzung gezwungen für etwa 900 Mann Lebensmittel bereitzustellen; im

Ein Bericht des „Herner Anzeiger“ über die Vorkommnisse.

Wenig später zeigte sich, daß die an der Regierung beteiligten Sozialdemokraten die Eigenmächtigkeit der Militärs unterschätzt hatten. Die Reichswehr ignorierte das Bielefelder Abkommen; am ersten Ostag 1920 marschierte sie in Herne ein. Eine Reihe von Hausdurchsuchungen wurde durchgeführt, und es kam zu Mißhandlungen. Erst als die Reichswehr das Stadtgebiet geräumt hatte, kehrte wieder Ruhe und Ordnung ein.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hatten wieder einmal die Republik erfolgreich gegen rechts und gegen links verteidigt. Bei den Reichstagswahlen 1920 gab es allerdings einen kaum erwarteten Stimmeneinbruch. Eine Regierung aus Zentrum, der Deutschen Demokratischen Partei und Deutscher Volkspartei konnte sich bilden und es folgte ein deutlicher Rechtsruck in der Politik.

Reichswehr in Herne.

Herne ist über Nacht Garnisonstadt geworden. Von Kiedlinghausen kommend trafen am Nachmittag des ersten Ostag ganz unversehrt Reichswehrtruppen in Herne ein. Ihr kriegsmäßiges Erscheinen erregte auf der Bahnhofstraße und in noch höherem Maße auf dem Rathaus die größte Ueberraschung. Es waren schlesische Jäger des Freikorps Aulock, die in Stärke von etwa 200 Mann mit Maschinengewehrzug und Bagage durch die Bahnhof- und Behrensstraße zum Rathausplatz zogen. Bald nach der Ankunft der Truppe fanden im Rathaus zwischen den Offizieren und dem Oberbürgermeister Dr. Sporleder, Bürgermeister Dr. Sudkamp und Beigeordneten Dr. Odenkirchen Verhandlungen statt, in Verlauf deren der Führer der Truppe erklärte, er habe lediglich Auftrag, die Durchführung der Waffenabgabe zu prüfen. Eine Besetzung der Stadt Herne sei nicht beabsichtigt, die Truppe befände sich auf dem Durchmarsch und werde in Kürze Herne wieder verlassen, er ersuche nur um vorübergehende Unterkunft für die Truppe. Während die Bagage und Maschinengewehre unter Bewachung auf dem Rathausplatz verblieben, verbrachte ein Teil der Soldaten die Nacht in den Erdgeschossräumen des Rathauses, die Offiziere in den Dezernenzimmern, ein weiterer Teil der Truppe wurde im Gesellenhause einquartiert, während die Pferde in den Stallungen des Bürgerlichen Brauhauses Unterkunft fanden. Im Laufe des Spätabends rückten weitere Truppen ein, die durchweg den denkbar besten Eindruck machten, nachher folgte noch ein Minenverferzug. Um die Einwohnerschaft über den Sachverhalt aufzuklären, ließ der Magistrat noch am Abend des Ostag folgende Bekanntmachung durch Aufschlag verbreiten:

Auch die bürgerliche Presse zeigte Erstaunen über den Einmarsch der Reichswehr.

in Mill.	Reich	in %	Jahr	Herne	Wanne-Eickel
0,352		3,2	1874	1	?
0,493		9,1	1877	?	?
0,437		7,6	1878	11	288
0,736		10,1	1887	2	22
1,424		19,7	1890	269	90
1,787		23,3	1893	785	402
2,107		27,2	1898	1022	1349
3,011		31,7	1903	2014	2330
3,259		29,0	1907	2120	2737
4,250		34,8	1912	3554	4009
11,5		37,9	1919	?	9788
6,1		21,6	1920	4140	2439
6,0		20,5	1924	8399	7040
9,1		29,8	1928	10369	8819
8,5		24,5	1930	8236	6938
7,9		21,6	1932	9120	?
7,2		18,3	1933	8497	?

Herne, Wanne und Eickel gehörten zum Wahlkreis Bochum. Zum Teil ist eine Aufschlüsselung der Wahlergebnisse nach einzelnen Gemeinden nicht möglich, zum Teil unterscheiden sich die Zahlen in unterschiedlichen Darstellungen. Die Angaben in städtischen Verwaltungsberichten weichen z. B. von den offiziellen Statistiken in einigen Fällen ab. Die Zahlen sollten deshalb nur als grobe Orientierung gewertet werden.

„Die Anschuldigung, die gegen das Vorkriegsjahr enorm gesunkene deutsche Kohlenförderung sei eine ‚deutsche Mache‘, kann mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß 1919 die Weltkohlenförderung nur noch 1170 gegen 1341 Millionen Tonnen 1913 betrug, glatt erledigt werden.“
(Otto Hue zum Vorwurf schleppender Reparationsleistungen)

In den folgenden Jahren erlaubten die wirtschaftlichen Entwicklungen und politischen Verhältnisse es den Unternehmern, ihre Position wieder zu verstärken.

Sozialpolitische Errungenschaften wurden abgebaut, auch der Acht-Stunden-Tag als Norm wurde 1923 durch eine Arbeitszeitverordnung wieder aufgehoben.

Die Arbeitsgemeinschaft von Gewerkschaften und Unternehmern wurde aufgelöst. Die Reaktion hatte wieder die Oberhand.

Erneut herausgefordert wurde der Widerstand der Bevölkerung im Jahre 1923. Französische Truppen besetzten das

Ruhrgebiet, um die Reparationszahlungen nach dem Versailler Friedensvertrag zu erzwingen. Am 15. Januar wurde auch Herne besetzt. Es kam daraufhin zu einem halbstündigen Warnstreik in allen Herner Betrieben. Massiver wurde der Widerstand, als Herne französische Garnisonsstadt wurde, am wirkungsvollsten waren dabei die Widerstandsaktionen der Bergleute. Zwar fuhr man regelmäßig an, da ein Streikverbot herrschte, aber Untertage ruhte, unkontrollierbar für die Franzosen, die Arbeit, es herrschte „passive Resistenz“.

Der Einfallsreichtum der Bergarbeiter ging aber noch

1922 kam es zu einer Wiedervereinigung von MSPD und USPD, als sich auf der radikalen Linken die KPD formierte.

Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 kehrte die SPD zurück zum Erfurter Programmansatz, der von Rudolf Hilferding im Hinblick auf die wachsende Bedeutung des Finanzkapitals ergänzt wurde. 1928 erhielt die Sozialdemokratie noch einmal die Chance, die Reichspolitik von der Regierungsbank zu bestimmen. Es bildete sich eine große Koalition aus SPD, Zentrum, DDP und DVP unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller.

weiter: Obwohl das Verteilen von Flugblättern streng unter Strafe stand, war Herne an einem Morgen damit übersät. Man hatte diese Flugblätter, auf denen gegen die Fremdherrschaft protestiert wurde, durch den 70 Meter hohen Kamin der Zeche Shamrock gejagt, der Wind hatte dann für die Verteilung gesorgt.



Kaum zu erkennen, wer mehr Stolz zeigt in dieser Situation.

Ein furchtbarer Tag liegt hinter uns. Hatten die Verwaltungen der Aemter Wanne und Eickel durch besondere Hilfsmaßnahmen für die vielen Tausenden ihrer Erwerbslosen, durch Zahlungen, welche das Mehrfache der staatlichen Sätze betrug und zur Verfügung von billigen Lebensmitteln, es bisher erreichen können, daß hier die Ruhe bewahrt blieb, so war dies doch am gestrigen Mittwoch leider nicht möglich. Die für die Sonderunterstützungsmaßnahmen verfügbaren Mittel sind erschöpft, die bisher dafür aufgewendeten Beträge sind nur durch Aufnahme hoher Kredite zu beschaffen gewesen, die Gemeinden stehen vor ihrem Ruin. Die Kommunalverwaltungen haben von den staatlichen Behörden die strenge Anweisung, über die staatlichen Erwerbslosenunterstützungssätze nicht hinauszugehen; vom Reich sind also für Sonderunterstützungen keinerlei Mittel erreichbar. Aus diesem Grunde konnten am vorigen Mittwoch, wie auch an den Jahrestellen durch Anschlag bekannt gegeben war, nur die staatlichen Sätze an die Erwerbslosen zur Auszahlung gelangen. Außerdem sollten, wie ebenfalls durch Anschlag bekannt gegeben war, am nächsten Samstag die gleichen Sätze nochmals aus Gemeindemitteln zur Auszahlung kommen. An sämtlichen Zahlstellen entstand hierdurch große Erregung. Die Annahme der staatlichen Sätze wurde verweigert, an allen Zahlstellen bildeten sich Demonstrationsgruppen, welche in geschlossenen Zügen, von Chamwood aus nach dem Amtshause in Eickel, von Köhlinghausen, Unser Fritz und Schacht Wilhelm aus nach dem Amtshause in Wanne vordrangen. Unsere Polizei war zu schwach, die Massen unterwegs aufzuhalten und aufzulösen. In Eickel wurden die vor dem Amtshause postierten zwei Polizeibeamten beiseite gedrängt und entwaffnet, das Amtshaus demoliert und der Amtmann schließlich gezwungen, die Auszahlung des doppelten Betrages der staatlichen Sätze anzuordnen. Von dort aus drängen die Eickeler Demonstranten nach Wanne vor, wo sich inzwischen vor dem Amtshause ebenfalls eine nach vielen Tausenden zählende Menge angeammelt und die an den Zugangsstraßen aufgestellten Polizeiposten bis zum Eingange der Polizeiwache zurückgedrängt hatte. Die Wanner Demonstranten verhandelten währenddessen mit dem Beigeordneten Oberdrevermann und hatten auch bei diesem bereits das gleiche Zugverständnis wie die Eickeler, d. h. Verdoppelung der staatlichen Sätze durchgesetzt, als der Eickeler Zug die Wanner Demonstranten durchbrach und mit Steinwürfen gegen die Polizeibeamten vorging. Ein anderer Teil der Demonstranten drängte von hinten gegen das Amtgebäude vor, von dort aus fielen 6 Revolverschüsse, die Polizeibeamten wurden mit einem Hagel von Steinen überschüttet, mehrere Beamte wurden schwer verletzt, da machten in der größten

Gefahr die schwer bedrängten Polizeibeamten von ihrer Schusswaffe Gebrauch und feuerten in die andrängende Menge. Zuerst stütete diese zurück, drang aber wieder vor. Schließlich marschierte eine französische Patrouille an, welche in kurzer Zeit den Amtsvorplatz und die umliegenden Straßen säuberte und zur Verhütung weiterer Angriffe das Amtshaus besetzte. Die von den Seiten nach dem Amtshaus drängenden Demonstranten bombardierten dasselbe mit Pflastersteinen, zertrümmerten eine Anzahl Fenster und bedrohten hierdurch ernstlich die an ihrer Arbeit befindlichen Kommunalbeamten. Andere Demonstranten suchten die Wohnung des Polizeibeamten Magiera heim, sie demolierten dessen Wohnungseinrichtung und perlesten ihn selbst so schwer, daß er Aufnahme im Krankenhaus finden mußte. Auch in der Hindenburgstraße konnten es einige Demonstranten nicht unterlassen, ihrer Zerstörungswut durch Einschlagen von Schaufensterscheiben Gentile zu tun. Unter den Demonstranten selbst war die Wirkung der Abwehrschüsse der Polizei furchtbar. Im katholischen Krankenhause wurden durch die Sanitätskolonne 8 Tote und 32 Schwerverletzte abgeliefert. Ein unheilvoller Tag in der Geschichte unserer Gemeinden. Furchtbar sind die Blutopfer dieses Tages, groß ist die Erbitterung unserer Erwerbslosen über die vom Staate ihnen zugebilligten, tatsächlich ungenügenden Unterstützungssätze. Aber ungerechtfertigt ist es, diese Erbitterung gegen die Leitungen und die Beamten unserer Kommunalverwaltungen Ausdruck zu geben. Diese befinden sich selbst, wie schon oben angedeutet, in der größten Zwangslage. Unserer Regierung aber muß mit allem Nachdruck klar gemacht werden, daß sie unsere Bevölkerung nicht dem Elend und dem Hunger preisgeben darf in einer Zeit, wo doch tatsächlich die Möglichkeit einer Besserung unserer wirtschaftlichen Lage immer näher rückt.

Die Namen der bei den gestrigen Unruhen erschossenen Demonstranten sind folgende:

1. Joh. Rüllschewski, Eickel, Gobenstraße 78,
2. Paul Hartmann, Eickel, Eintrachtstraße,
3. Wortmann, Eickel, Kanonenstraße 8,
4. Willi Hauptfleisch, Eickel, Eintrachtstr. 21,
5. Michael Wisłowski, Wanne, Schillerstraße 17,
6. Walter Reintens, Wanne, Karolinenstraße 9,
7. Wollenbrümpf,
8. Eltzgypski.

Die beiden letzten sind noch unbekannter Herkunft.

Unter der Überschrift „Gewaltsame Erwerbslosendemonstration in Wanne u. Eickel“ der Bericht der Wanne-Eickeler Zeitung vom 6. Dezember 1923.

Parallel mit diesen Ereignissen lähmte eine Inflationswelle die deutsche Wirtschaft und führte schließlich zum Zusammenbruch der Währung und zum Sturz der Regierung. Die SPD fand sich wiederum bereit, die Karre aus dem Dreck zu ziehen, indem sie eine Koa-

lition mit den bürgerlichen Parteien einging.

Bezeichnend auch hier, daß im Anschluß daran, von 1924 bis 1928, die SPD in die Opposition gedrängt wurde, zumindest auf Reichsebene, auf der die Grundzüge der Politik bestimmt wurden.

Die SPD hatte den Dawes-Plan mitgetragen und unterstützt und dadurch den Wirtschaftsaufschwung mit eingeleitet.

Vom Wähler belohnt wurde dies nicht.

„Die Männer der Schwerindustrie und die Generaldirektoren und überhaupt die Spitzen des deutschen Wirtschaftslebens werden dereinst wieder zu Einfluß, Macht und Mitherrschaft kommen.“

(Hugo Stinnes in: Deutsche Tageszeitung, 7. 2. 1919)

Trotz einsetzender Wirtschaftsblüte herrschte eine hohe Arbeitslosigkeit im ganzen Reich. Es war dies eine Folge ungezügelter Rationalisierung und Konzentration. Trotzdem gewannen die Gewerkschaften in dieser Phase ihre Bewegungsfreiheit, die durch die Inflation und den dadurch begünstigten Mitgliederchwund eingeschränkt war zurück. Allein 1924 gingen durch Streiks und Aussperrungen 36 Millionen Arbeitstage verloren.

Die Inflation war zwar durch eine Währungsreform beseitigt worden, den Nutzen aus dieser Maßnahme aber hatten nur die Besitzenden, vor allem aber die Industriellen gezogen. Die Gewerkschaften entwickelten aus diesen politisch und wirtschaftlich leidvollen Erfahrungen heraus das Modell einer Wirtschaftsdemokratie, das den tagespolitischen wirtschaftlichen Forderungen eine weiterreichende Perspektive geben sollte.

Die Wirtschaftsdemokratie sollte die bis in die Weimarer Zeit reichende rein kapitalistische Wirtschaftsordnung ablösen.

„...Ziel ist eine Wirtschaftsform, die auch den einzelnen Unternehmer zum beauftragten und gebundenen Führer eines Betriebes macht“, forderte Fritz Naphtalie, einer der führenden Theoretiker der Gewerkschaftsbewegung dieser Zeit.

Ab 1929 waren die Gewerkschaften durch die beginnende Weltwirtschaftskrise gezwungen, sich auf die Verteidigung errungener Lohn- und so-

zialpolitischer Erfolge zu konzentrieren. Ein ungleicher Kampf, mit ungleichen Mitteln.

Die SPD war ein Jahr zuvor als stärkste Partei aus den Reichstagswahlen hervorgegangen und bildete eine Koalitionsregierung unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller. Ein sozialpolitisches Notprogramm, das eine Erhöhung der Beiträge zur 1927 eingeführten Arbeitslosenversicherung vorsah, führte zur Auflösung der Koalition. Es folgte eine Phase rasch wechselnder Präsidialregierungen, verbunden mit einem rigorosen Abbau der sozialen Rechtsordnung.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg unaufhörlich an; in Herne waren es 1930 72,6, in Wanne-Eickel bereits 82,5 Arbeitslose pro 1000 Einwohner. 1932 lebten in Herne 77,2% und in Wanne-Eickel 74,5% der Arbeitslosen von der städ-

Das Ende dieses Kabinetts kam bereits zwei Jahre später. Kontroversen über sozialpolitische Maßnahmen hatten die Regierung auseinanderbrechen lassen. Die nationalsozialistische Diktatur war mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30. Januar 1933) eingeleitet worden. Die folgenden Wahlen finden im Zeichen des Terrors statt, dennoch erhält Hitler nicht die Mehrheit. Erst das Ermächtigungsgesetz (23. März 1933), das gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, aber mit den Stimmen der übrigen Parteien im Reichstag verabschiedet wurde, gibt Hitler die uneingeschränkte Macht.

tischen Fürsorge. Aber auch die konnte zuletzt nicht mehr in vollem Umfang und regelmäßig gezahlt werden. Die Not war groß und es kam zu Unruhen und Auseinandersetzungen mit der Polizei, bei der auch Verletzte zu beklagen waren.



Immer wieder war auch die Herne Bahnhofstraße Mittelpunkt von Kundgebungen und Demonstrationen.

„Das übermäßige Angebot an Arbeitskräften und die Bestrebungen nach möglicher Herabsetzung der Gestehungskosten bewirken es, daß die vorhandenen Arbeitskräfte ein sehr großes Arbeitspensum bewältigen müssen, um nicht den Arbeitsplatz zu verlieren.“

(Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten, Berlin 1932)

Den Höhepunkt erreichte die Krise Anfang Dezember 1932 mit über 17000 Arbeitsuchenden in Herne. Bereits am Ende des Jahres hatte sich die Zahl der Arbeitslosen auf 16000 verringert. Also noch vor Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war ein wirtschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen.

Bei alledem war ein Anwachsen radikaler Strömungen auf der Rechten und auf der Linken zu verzeichnen.

Die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie gingen als Gegenmaßnahme

ein großes Aktionsbündnis ein. Man bildete einen republikanischen Wehrverband, die „Eiserne Front“, um die Demokratie gegen den Terror von recht und von links und vor dem drohenden Bürgerkrieg zu schützen. Auch in Herne standen zahlreiche Bürger bereit, die Republik erforderlichenfalls durch Gewalt und unter dem Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen.

Besonders die jungen Sozialdemokraten in Herne warteten auf einen Einsatzbefehl. Vergeblich, das Risiko schien den Verantwortlichen in den

Gewerkschaften und in der Partei zu groß angesichts der nicht einzukalkulierenden Reaktion von Polizei und Reichswehr, die eher mit der Rechten sympathisierten.



Ein Aufmarsch der „Eisernen Front“ zur Erhaltung der Republik.

Die kommunalpolitische Arbeit der SPD nach der Revolution 1918

Die SPD, jahrelang nicht an der Reichsregierung beteiligt, konzentrierte sich auf das Land Preussen und hier besonders auf die großen Städte. Auf dieser Ebene konnten viele Nahziele der Sozialdemokratie verwirklicht werden.

Im Ruhrgebiet gelang es der Sozialdemokratie zwar, ihre Position immer weiter auszubauen, die Ausgangslage war hier aber bei weitem nicht so gut wie in anderen Ballungsgebieten, wie auch der Übersichtskarte über den Anteil der sozialdemokratischen Wählerschaft zu entnehmen ist. Von einer sozialdemokratischen Hochburg konnte bei weitem nicht die Rede sein.

Bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen erfolgte die Stimmabgabe und -aufteilung bis 1919 ohnehin nach dem Dreiklassen Wahlrecht. Erst im März 1919 erhielt die SPD auch hier eine echte Chance. Sie wurde zwar sofort stärkste Partei, an eine absolute Mehrheit aber war, auch wegen des Verhältniswahlrechts, das Splitterparteien begünstigte, nicht zu denken.

Man war in der gleichen Situation wie auf Reichsebene: Koalition oder Opposition. Gerade aber in Zeiten, in denen es kaum eine Absicherung für die Arbeiter gab, brachte jede noch so kleine Verbesserung eine spürbare Erleichterung

für die benachteiligten Bevölkerungsschichten. Der Weg der SPD war damit vorgegeben.

Einem Zusammengehen mit der KPD standen grundsätzliche Bedenken sowohl auf Seiten der Sozialdemokratie als auch auf Seiten der Kommunisten entgegen. Die KPD wollte eine Revolution nach russischem Vorbild; die SPD sah in der parlamentarischen Demokratie, im Verbund mit einer Demokratisierung der Wirtschaft, ihre eigentliche Zielsetzung.

Vielleicht hat auch der frühe, gewaltsame Tod der Mitbegründerin der KPD, Rosa Luxemburg, die Kommunistische Partei zu sehr in das ideologische Fahrwasser des Leninismus treiben lassen. Immerhin galt Rosa Luxemburg, eine echte Schülerin von Marx und Engels, als scharfe Kritikerin von Lenin. In ihrer Schrift „Die russische Revolution“ bemerkte sie sehr kritisch: „Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.“

Die Entwicklung in Rußland wurde also nicht nur von der SPD, sondern selbst von den Gründern der Deutschen Kommunisten skeptisch verfolgt.



Noch im Februar 1919 glaubte der Vorsteher der nach dem Dreiklassen Wahlrecht gewählten Herner Stadtverordnetenversammlung, das alte Wahlrecht verteidigen zu müssen. Wörtlich erklärte er: „Die Verordnung vom 24. Januar betr. Auflösung und Neuwahl der Gemeindevertretungen ist durchweg(?) ungesetzlich“...

„Die Verordnung vom 24. Januar betr. Auflösung und Neuwahl der Gemeindevertretungen ist durchweg(?) ungesetzlich.“

Die Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen und die Herner Parteienlandschaft

Die erste freie Wahl zur Herner Stadtverordneten-Versammlung vom 2. März 1919 brachte folgende Sitzverteilung:

2. März 1919	Sitze
Kommunaler Ordnungsblock	1
Unabhängige	1
SPD	15
Demokraten	3
Zentrum	11
DVP	5
DNVP	—
NSDAP	—
Polen	11
Spartakisten	1
Kriegsbeschädigte	1

Die SPD wurde stärkste Fraktion, ohne allerdings die Grundzüge der kommunalen Politik bestimmen zu können. Man war, wie die Sitzverteilung zeigt, auf ein Zusammengehen mit einer anderen Fraktion angewiesen. Das Zentrum schien der geeignete Partner.

Der Historiker Golo Mann äußert sich zur Rolle des Zentrums in der Weimarer Republik:

„Im Kleinen, wunderbar Organisierten, durch Religion fest zusammengehaltenen spiegelte es die deutsche Gesellschaft wider; Unternehmer und Gewerkschaften, Kleinbauern und Gutsbesitzer, Weltstädter und Hinterwäldler, im Zentrum waren sie alle vertreten. Nicht zu Unrecht hatte die Partei ihren Mittelnamen, und die Worte ihres Gründers Windthorst ‚Extra Centrum Nulla Salus‘ (außerhalb des Zentrums kein Heil) sind für keine Epoche so wahr gewesen wie für die Erste Deutsche Republik. Je nachdem konnte sie sich nach rechts wenden oder nach links; für jede Politik hatte sie erprobte Politiker zur Verfügung, und es kam wohl auch vor, daß ein und derselbe Zentrumspolitiker sich mit beiden Richtungen zu befreunden vermochte.“

In Herne ging die Zentrums-partei mit den Sozialdemokraten zusammen. Eine rot-schwarze Koalition entstand. Die SPD-Fraktion führte Julius Benz, die des Zentrums Alois Weiß (der schwarze Weiß genannt).

Karl Hölkeskamp wurde von der SPD der Sitz im Magistrat übertragen, den man auf Grund des Wahlergebnisses errungen hatte. Hier übernahm

er das Sozialdezernat mit Fürsorgeamt einschließlich Arbeitslosenressort, Jugendamt, Gesundheitsamt, Arbeitsamt und Wohnungsamt. Als erstes richtete Hölkeskamp tägliche Sprechstunden für die Bevölkerung ein. Persönlich kümmerte er sich um die größeren oder auch kleineren Nöte des Bürgers. Genug davon gab es in der Nachkriegszeit und seine Sprechstunden waren bald bekannt und gut besucht.

Die Widerstände, die Hölkeskamp wegen seiner sozialpolitisch fortschrittlichen Einstellung aus der Verwaltung entgegengebracht wurden, waren nicht gering. An der Spitze der Stadtverwaltung stand der hauptberufliche Oberbürgermeister. Die Amtszeit des damaligen Oberbürgermeisters Dr. Sporleder (deutschnational) dauerte von 1913 bis 1925. Konflikte zwischen Hölkeskamp und Sporleder blieben allein schon der unterschiedlichen politischen Positionen wegen nicht aus.

Die Ausgangslage Hölkeskamps, der für 12 Jahre in den Magistrat gewählt war, verschlechterte sich zudem, als bei den Kommunalwahlen 1924 die SPD einen starken Einbruch erlebte, wie der nachfolgenden Sitzverteilung zu entnehmen ist. Seinem sozialpolitischen Wollen und Handeln blieb er trotzdem treu.

4. Mai 1924	Sitze
Kommunaler Ordnungsblock	10
KPD	12
Zentrum	9
SPD	5
Wirtsch. Arb. Verein	3
Union der Hand- und Kopfarbeiter	1
Polen	1
Demokraten	1
Chr.-Soz. Partei	1
Unabhängige sozialdemokratische Partei	1

Die KPD wurde stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

Zu diesem Zeitpunkt änderte die KPD, auf Druck des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (Kominintern), allmählich ihren Kurs hin zur Einheitsfront-Taktik. Es kam in der Folge zu einer punktuellen Zusammenarbeit von SPD und KPD. Vor allem in Fragen des Sozialwesens und im kulturellen Bereich begann eine Phase der sachlichen Zusammenarbeit. 1928 hatte die SPD auch in Herne Vertrauen zurückgewinnen können, nicht zuletzt wegen der auch auf kommunaler Ebene zielstrebigen und konsequenten Politik. Von Konsequenz konnte bei der KPD allerdings keine Rede sein. Erneut änderte sie auf Anweisung der Kommunistischen Internationale den Kurs.

Stalin brach mit der Rechten und begann seine Politik des „sozialistischen Aufbaus“. Die Kommunistische Partei Deutschlands orientierte sich prompt an dieser neuen Situation.

Der Wahlausgang und der Wandel der KPD führten erneut zu einer Annäherung der SPD an das Zentrum und umgekehrt.



Die Inflation machte erfinderisch. Notgeld der Stadt und der Zechen.



29. Mai 1928 (nach der Eingemeindung von Sodingen)	Sitze
SPD	10
DNVP	—
Zentrum	10
DVP	—
KPD	12
DDP	1
L.-Komm.	—
R. P. d. D. Mittelstand	—
NSDAP	1
Völk. nat. Block	—
Christl. nat. Bauern- und Landvolk Partei	—
Volksrecht-Partei	—
Polen	1
Wirtschaftl. Arbeitnehmer-Vereinigung	2
Kriegs- und Arbeitsopfer	2
Kom. Pol. Vereinigung	—
Herner Mittelstandsvereinigung	4
Bürgerl. Arb. Gemeinsh.	5
Recht- und Mietersch.	—

Die Stadtverordnetenversammlung, die nach der Eingemeindung von Sodingen gewählt worden war, hatte eine ungewöhnlich kurze Amtsdauer. Nach dem Gesetz über die Festsetzung der Gemeindevahlen wurde eine Neuwahl aller Gemeindevertretungen für die Zeit vom 30. September bis zum 31. Dezember 1929 angeordnet.

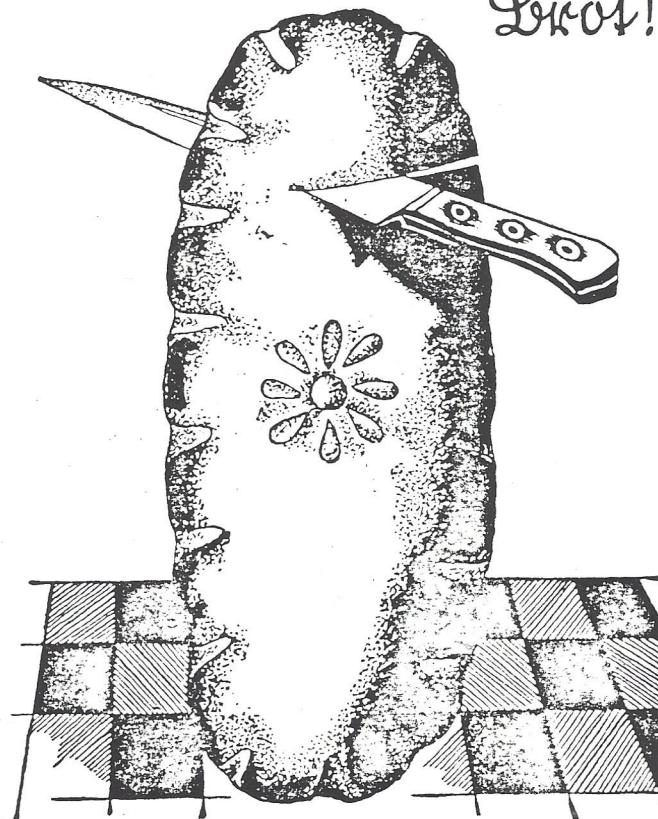
17. November 1929	Sitze
KPD	11
Zentrum	11
SPD	9
Herner Mittelstandsvereinigung	4
Arb. Gem. DVP und DNVP	4
Evgl. Volksdienst	4
NSDAP	2
Polen	1
Wirtsch. Arbeitn. Vereinigung	1
Demokraten	1
Arbeit und Wohnung	—

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten auf Reichsebene wurden die Gemeindeparlamente für aufgelöst erklärt und Neuwahlen zum 12. März 1933 angeordnet.

12. März 1933	Sitze
NSDAP	17
Zentrum	10
KPD	10
SPD	6
Schwarz-Weiss-Rot	4
Evgl. Volksdienst	1
Polen	—
Wirtsch. Vereinigung	—
Mittelstand	—
Kath. Polen-Partei	—

Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, wurde dann im Juni 1933 der SPD jede weitere Betätigung verboten. Damit endete erst einmal auch in Herne die parlamentarische Präsenz der Sozialdemokratie.

Die 40-Hündchen-Motze
 filft ins,
 gibt dan Okwritblofen
 Brot!



Auch damals aktuell, die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit.

„Das Essen der Kinder besteht aus Kartoffeln, Salz und Wasser sowie in Rübenöl gebackenen Kartoffelkuchen. Dazu gibt es Zichorienbrühe.“

(G. K. Anton: *Geschichte der preußischen Fabrikgesetzgebung*, Leipzig 1891)

Kommunalpolitische Erfolge der SPD

Die Sozialdemokraten waren in der Weimarer Republik, auch im Ruhrgebiet, stets darauf angewiesen, für ihre Politik Mehrheiten im bürgerlichen und auch im kommunistischen Lager zu suchen. Trotz dieser nicht gerade erfolgversprechenden Ausgangsposition ist es in der damaligen Zeit der Herner SPD gelungen, einige markante Projekte zu verwirklichen.

Anstelle des Armenhauses entstand das Altenheim an der Wiescherstraße und zwar gegen den Widerstand bürgerlicher Politiker, die spöttelnd von einem Alten-Hotel sprachen, weil die Ausstattung über dem damaligen Standard lag.

Im Stadtteil Konstantin wurde eine Tagesheilstätte für leichtere Fälle von Lungenerkrankungen errichtet, dazu an der Bismarckstraße Wohnungen, die für diesen Personenkreis vorgesehen waren.

Von mangelhafter Ernährung und schlechten Wohnverhältnissen besonders betroffen waren natürlich die Kinder. Auf Initiative der sozialdemokratischen Fraktion wurden zwei Kinderheime, in Hullern bei Haltern und in Stapelage im Teutoburger Wald eingerichtet. Hier konnten sich Kinder aus sozial schwachen Familien in gesunder Luft und bei guter Ernährung erholen.



Das Kinderheim in Stapelage.



In Hullern bei Haltern das zweite Kinderheim.

Über die Stadtgrenzen hinaus erregte der Bau des Sommerbades an der Bergstraße Aufsehen. Es galt als vorbildliches sport- und gesundheitspolitisches Projekt, das bis in die heutige Zeit an Beliebtheit nichts verloren hat.

Der Spaß kam damals allerdings ein wenig zu kurz. Auf Antrag der Zentrums Politikerin Anna Weil wurden zunächst getrennte Badezeiten für Frauen und Männer eingeführt.

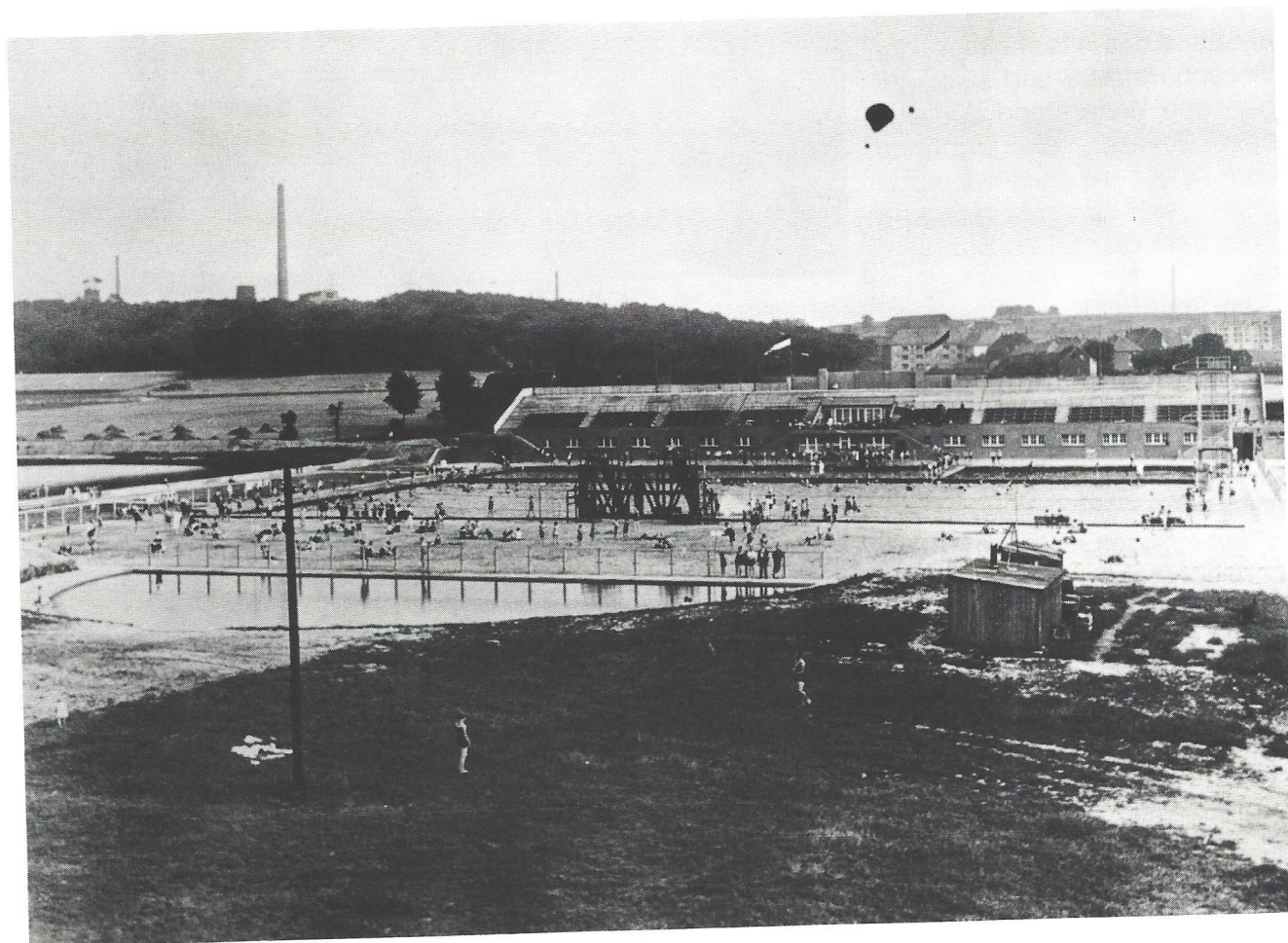
Es waren Frauen, die dem sittenstrengen Reglement ein Ende bereiteten. Allen Vorschriften zum Trotz drang eine Gruppe verabredungsgemäß während der Männerbadezeiten in das Bad ein. Der Protest der männlichen Schwimmsportler war wohl nicht sehr groß.

Die getrennten Badezeiten jedenfalls wurden daraufhin bald aufgehoben.

Der Gysenberg wurde ebenfalls auf Initiative der SPD gekauft und als Naherholungsgebiet der Bevölkerung zugänglich gemacht. „Betreten verboten“ hieß es bis dahin für das größte zusammenhängende Waldstück in Herne.

Da die Stadtkasse zu dieser Zeit nicht gerade gut gefüllt war, ging man einen Ratenvertrag ein. Als man nach der Überweisung der Zahlung das Verfügungsrecht über das Waldgebiet erlangt hatte, wandelte man das Wegenetz des Gysenbergs sofort in ein öffentliches um. Man wollte Vorsorge treffen für den Fall, daß man die Raten nicht mehr hätte bezahlen können und der Wald

dann wieder in Privatbesitz zurückgefallen wäre. Nicht gerade die feine Art, aber die andere Seite zeigte noch weniger Rücksichtnahme. Vor dem Ankauf war der Gysenberg schlichtweg eingezäunt!



Das Sommerbad an der Bergstraße nach Aufhebung der Geschlechtertrennung.

„Aber Ich kann Mich der Erkenntnis nicht verschließen, daß in einer Zeit, in welcher die sozialdemokratischen Irrtümer und Entstellungen mit vermehrtem Eifer verbreitet werden, die Schule zur Förderung der Erkenntnis dessen, was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist, erhöhte Anstrengung zu machen hat. Sie muß bestrebt sein, schon der Jugen die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in der Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind.“

(Kaiser Wilhelm II., 1889)

Was das Schulwesen betrifft, nimmt Herne in gewisser Hinsicht eine Ausnahmestellung ein. Hier entstand die erste bekenntnisfreie Schule im gesamten Reich. Begonnen hatte es mit der Weigerung einiger Lehrer, konfessionellen Religionsunterricht zu erteilen.

Viele katholische Eltern organisierten daraufhin einen Schulstreik; eine „Freie Elternvereinigung“ forderte auf der anderen Seite die Einrichtung von Klassen ohne zwangsweisen Religionsunterricht. Das Kultusministerium

hielt es auf Grund dieser Vorgänge für das Beste, beiden Seiten entgegenzukommen. Am 20. Juli 1920 wurde die bekenntnisfreie Schule mit zwei Klassen und 102 Schülern eröffnet. Die Lehrer, die sich geweigert hatten konfessionellen Religionsunterricht zu erteilen, wurden an diese Schule versetzt. Somit wurde auch dem Wunsch der katholischen Eltern entsprochen. Diese neue, für die damaligen Verhältnisse geradezu revolutionäre Schulform fand eine immer stärker werdende An-

nahme. Beim zweiten Anmeldetermin im gleichen Jahr wurden 637 Schüler gezählt, die nun in 13 Klassen unterrichtet wurden.

Eine Erziehung, frei von konfessionellen Schranken und klerikaler Beeinflussung, kam der sozialdemokratischen Idee natürlich sehr nahe. Viele sozialdemokratische Eltern schickten ihre Kinder aus diesem Grund in diese Schule und nahmen dabei auch weitere und gefährlichere Schulwege in Kauf.



Eine Schulklasse der bekenntnisfreien Schule.

Der organisatorische Aufbau der Herner SPD

In Herne konnte sich die SPD stets auf eine gut Organisierte stützen.

Bereits ab 1922 gab es ein Parteisekretariat mit einem hauptamtlich tätigen Parteisekretär. In dieses Amt gewählt wurde Heinrich Crämer, der bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten die Herner SPD organisatorisch leitete.

Die Struktur der Partei war damals eine ähnliche wie heute. Als unterste Einheiten gab es die Ortsvereine. Besonders stark vertreten war die SPD in Konstantin, Altenhöfen und Baukau.

Die Ortsvereine delegierten Mitglieder in die Stadtverbands-Delegierten-Konferenz, diese wiederum in die Unterbezirkskonferenz (Herne gehörte zum Unterbezirk Bochum) und in den Bezirk Westliches Westfalen.

Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges hatte die Herner SPD große Schwierigkeiten, Parteiveranstaltungen in geeigneten Räumlichkeiten durchzuführen. Zwar war die Gaststätte Bomm an der oberen Bahnhofstraße seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als sozialdemokratisches Parteilokal bekannt,

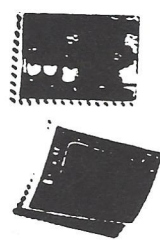
es fehlte aber auch hier ein größerer Saal.

Nachdem 1920 von den Genossen Hölkeskamp, Crämer und Hilge die sogenannte Volkshaus-Gesellschaft gegründet worden war, wurde noch im gleichen Jahr dieses traditionsreiche Haus und ein daneben liegendes unbebautes Grundstück gekauft. Die Gelder wurden zum größten Teil durch Spenden aus der Mitgliedschaft aufgebracht. Der noch im gleichen Jahr in Angriff genommene Bau eines größeren Saales wurde ebenfalls fast vollständig in Eigenarbeit der Parteimitglieder erbracht. Bereits 1922 konnte das Volkshaus mit zwei Sälen seiner Bestimmung übergeben werden. Es stand der Partei, den Gewerkschaften, Arbeitersportvereinen, Arbeitergesangvereinen und allen anderen Parteigliederungen zur Verfügung. Es blieb bis 1933 Mittelpunkt der Arbeiterbewegung in Herne.

Kurze Zeit später wurde das Haus Bahnhofstraße 8b erworben. Hier wurde das Parteisekretariat und das Redaktionsbüro der sozialdemokratischen Herner Volkszeitung eingerichtet. Der Arbeiterwohlfahrt, der SAJ und anderen Parteigliederungen wurden Räume zur Verfügung gestellt, und im Ladenlokal zur Geschäftsstraße hin befand sich eine eigene Buchhandlung.



Das Volkshaus mit Saal.



U. R. P. u. a.

Am 9. November 1919 wurde in Berlin durch die
lang geübte Gewalt der Hauptstadt übernommen.
Nach vorübergehenden blutigen Kämpfen wurde die Haupt-
stadt gesamtdeutsch vereinigt. Die Revolution hat ihren
größten Sieg.
Auf die weltweite Bewältigung der Welt ist



Die Gründungsurkunde des Volkshauses wird eingemauert.

In Japan der erfolgreichsten Revolution:
Kerne, den 10. Mai 1919.



Carl H. H. ...
Balke, Klipp
Friedrich Lorenz
in Reichardt
Franz Schmidt
Keter Hermann
Lore Spende
Bertin ...

H. Plüthgen, ...
...
...
Karl Spengler, ...



Führende Herner Sozialdemokraten

aus der Verfolgung in die Verantwortung

„In der Organisation liegt unsere Stärke“ lautet zu recht eine der sozialdemokratischen Grundprinzipien. In Herne beruht diese Stärke aber auch auf Frauen und Männern, die durch ihren unermüdlichen Einsatz, oft verbunden mit Gefahren und Nachteilen, die SPD in den Anfängen getragen haben. Stellvertretend seien genannt:

Julius Benz war bereits vor der Jahrhundertwende aktiv und namentlich bekannt. Sein gewerkschaftliches und politisches Engagement brachte ihm berufliche Nachteile und sein Name auf der „Schwarzen Liste“ zwang ihn, Arbeit in Zechen außerhalb des Stadtgebietes aufzunehmen. Im Jahre 1906 wurde er einer der ersten Knappschaftsältesten als Vertrauensmann des „Alten Bergarbeiter Verbandes“ in Herne. Ein Jahr später folgte die Berufung in den Vorstand der Ruhrknappschaft in Bochum. Nach dem Ersten Weltkrieg und nach Aufhebung des Dreiklassen Wahlrechts zog Julius Benz in das Herner Stadtparlament ein und wurde Vorsitzender der SPD-Fraktion. 1928 wurde er ehrenamtliches Mitglied des Magistrats.



Julius Benz

Funktion hatte er bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933 inne.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, im November 1945, konstituierten die Alliierten eine Zwischenregierung nach englischem Gemeinderecht. Die ernannte Stadtverordnetenversammlung bestand aus 40 Mitgliedern (12 SPD, 12 CDU, 12 KPD und 4 Vertretern aus Handel, Bergbau, Handwerk und Gewerbe). Oberbürgermeister dieses Nachkriegsparlaments wurde Heinrich Crämer. Aus dieser Zeit resultiert die bis heute wirksame Zweigleisigkeit (Rat und Verwaltung) der Städte und Gemeinden in der ehemaligen britischen Zone. In der ersten gewählten Stadtverordnetenversammlung wurde Heinrich Crämer Vorsitzender der SPD-Fraktion. Er hatte dieses Amt mehrere Jahre inne.

Heinrich Crämer war ebenfalls zunächst Bergarbeiter. Auch er gelangte durch seine Aktivitäten auf die bereits erwähnte „Schwarze Liste“ der Bergwerksgesellschaften. Nach dem Ersten Weltkrieg kehrte Heinrich Crämer nach Herne zurück und wurde hier im Jahre 1922 zum Parteisekretär gewählt. Außerdem übernahm er die neugegründete Geschäftsstelle der „Herner Volkszeitung“. Diese

Karl Hölkeskamp war bis 1905 Bergmann. Er übernahm 1913 die Geschäftsführung des Bergarbeiterverbandes, der sozialdemokratischen Partei und der Parteizeitung „Volksblatt“. Die „Geschäftsstelle“ war identisch mit der Wohnung der Familie Hölkeskamp in der Mont-Cenis-Straße. Das Haus stand unter ständiger Polizeiaufsicht, trotzdem war es Mittelpunkt der Gewerkschafts- und Parteiarbeit.

Während des Weltkrieges 1914/18 arbeitete Karl Hölkeskamp ehrenamtlich im Fürsorgebereich der Stadt Herne. Nach Kriegsende übernahm er wieder das Sozial-Dezernat. Als „Sozialdemokrat der ersten Stunde“ leitete er nach dem Zweiten Weltkrieg die Geschicke der Stadt Herne in führender Position; zunächst als Bürgermeister, später als Stadtdirektor.



Heinrich Crämer



Karl Hölkeskamp

	Frauen	Männer
Walzwerk	0,98 M	2,16 M
Stahlwerk	1,33 M	1,73 M
Porzellanwerk	0,34 M	1,17 M

(Zentralverband christlicher Metallarbeiter 1890)

Frauen in der SPD — die Sozialdemokratie als emanzipatorische Bewegung

Von Anbeginn an hatte die sozialistisch orientierte Arbeiterbewegung die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf ihr Banner geschrieben. Dies bezog sich nicht etwa nur auf eine rein ökonomische Gleichstellung am Arbeitsplatz. Auch gesellschaftlich erstrebte die Sozialdemokratie die volle Gleichberechtigung der Frau, wie aus dem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ von August Bebel eindeutig hervorgeht.

Das traditionelle Rollenverständnis und Normensystem blieb aber in großen Teilen der Mitgliedschaft in Kraft. Auch innerhalb der politisierten Arbeiterschaft herrschte oft die Ansicht vor, die Frau solle vor allem eine gute Hausfrau und Mutter sein, die Politik aber den Männern überlassen. Auch bei der Erziehung und vor allem bei der Berufsausbildung der Kinder kamen diese Wertvorstellungen durch. Allgemein wurde für Mädchen eine qualifizierte Ausbildung für unnötig erachtet.

Vor diesem Hintergrund ist es um so bemerkenswerter, daß in Herne, einer Stadt mit einem überaus großen Anteil an Bergarbeitern, einer Frau das wohl wichtigste politische Mandat übertragen wurde.

Berta Schulz, Hausfrau aus Herne, zog bereits 1920 für den Wahlkreis Westfalen Süd als SPD-Abgeordnete in den Deutschen Reichstag ein. Sie nahm ihr Mandat bis zum bitteren Ende, bis zum Verbot der SPD am 22. Juni 1933, wahr.

Bereits um die Jahrhundertwende war sie aktiv in der SPD tätig. Seit 1902 als Leiterin der Frauengruppe Bochum und als Mitglied der Bezirkskommission des Wahlkreises Arnsberg. 1919 wurde sie Stadtverordnete in Witten, ein Jahr später zog sie nach Herne, wo sie ebenfalls Stadtverordnete wurde.

Welche politische Bedeutung Berta Schulz, nicht nur von der örtlichen Parteigliederung, zugemessen wurde, geht auch aus den ihr sonst übertragenen Funktionen her-

vor. Von 1919 bis 1929 nahm sie regelmäßig an den Parteitagungen des Bezirks Westliches Westfalen teil; vom 10. bis 15. Juli 1919 auch am Bundesparteitag in Weimar, auf dem u. a. über die „Aufgabe der sozialdemokratischen Frauenbewegung“ debattiert wurde. Berta Schulz setzte sich hier insbesondere für die Forcierung auf dem Lande ein. Sie beschränkte sich als weibliche Mandatsträgerin aber beileibe nicht nur auf diese frauenspezifischen Fragestellungen.

1920 wurde sie in den Hauptausschuß des SPD Bundesparteitages in Kassel gewählt, 1922 nahm sie als Delegierte am Einigungsparteitag von SPD und USPD in Nürnberg teil. 1929 fand der Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Magdeburg statt, auch hierhin wurde Berta Schulz als Delegierte entsandt. Ihr Reichstagsmandat nahm sie, wie gesagt, bis zum Verbot der SPD wahr, zu einer Zeit also, als ein

„Bei Verlust eines Fußes erhält ein Arbeiter 60, eine Arbeiterin 50 % ihrer Voll-Invaliditätsrente.“

(Reichsversicherungsamt, 1905)

derartiges Engagement mit der Gefährdung des eigenen Lebens verbunden war.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten verließ sie, als über die Ortsgrenzen hinaus bekannte Sozialdemokratin die Stadt, um im Teutoburger Wald, in Berlebeck, unterzutauchen.

Sie hat die Verbindung mit der Herner SPD nie abreißen lassen, auch nicht in der Zeit der Verfolgung. Nach Kriegsende hat sie, aus Anlaß ihrer goldenen Hochzeit, am 7. Mai 1948, die Herner Genossen nach Berlebeck eingeladen. Ihre goldene Hochzeit sollte im Kreis der Genossen stattfinden.

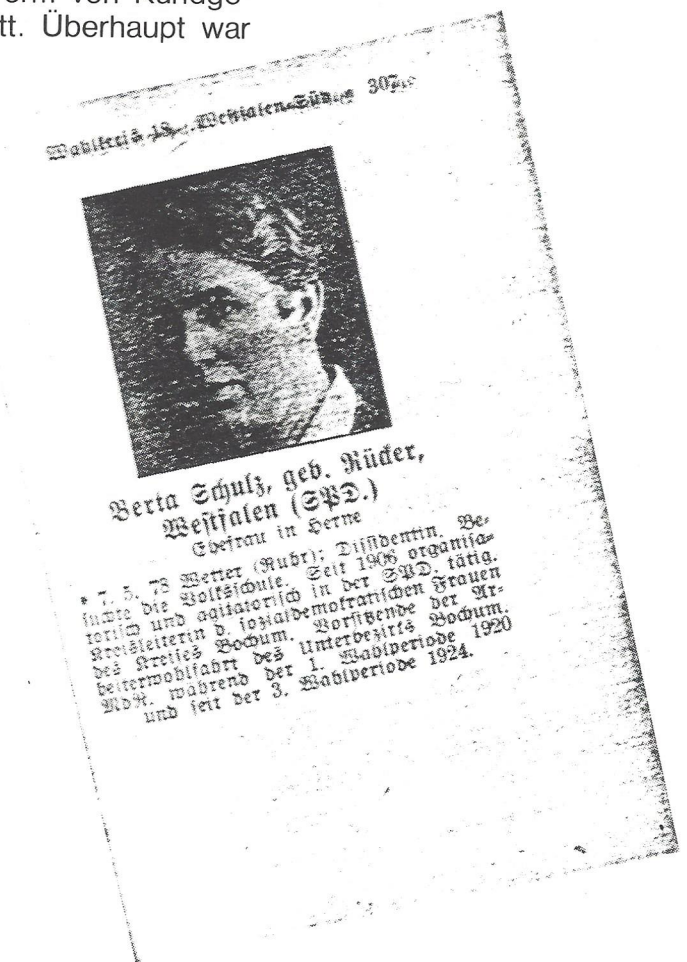
Auch ins Herner Stadtparlament zogen 1919 für die SPD Frauen als Stadtverordnete ein.

Einer Empfehlung der Frauenkonferenz der Sozialistischen Internationale in Kopenhagen (1910) folgend, veranstaltete die SPD ab 1911, jeweils im März, sogenannte Frauentage. Aus einem Bericht des Parteivorstandes:

„Der durchweg glänzende Verlauf der Veranstaltungen lohnte vollauf die Mühe. Die sozialdemokratische Programmforderung ‚volles Bürgerrecht der Frau‘ war mit dieser Kundgebung in den Mittelpunkt gerückt.“

Auch in Herne fanden Frauentage in Form von Kundgebungen statt. Überhaupt war

Herne ein aktiver sozialdemokratischer Stadtverband. Seine Aktivitäten waren oft Ansporn für den Unterbezirk Bochum, nicht nur in dieser Hinsicht.



In seinen Lebenserinnerungen schreibt Max Peters, einer der Gründer der Arbeiterjugendbewegung:

...Jede Versammlung mußte mindestens 24 Stunden vor Beginn bei der Polizei angemeldet werden, die von zwei Polizeibeamten von Anfang bis Ende überwacht wurde. Die Beamten hatten das Recht, die Versammlung kurzerhand aufzulösen, wenn ein Redner „politisch“ wurde, oder wenn eine Unruhe in der Versammlung entstand. Die Auslegung des Begriffes „politisch“ durch die damaligen Polizeibeamten mit ihrer preußischen Kommißbildung führte zu kuriosen Situationen. Einmal durfte ich in einer großen Jugendversammlung in Berlin die Macher der staatlichen Jugendpflege ironisieren und sie als falsche Freunde der Jugend entlarven. Ein anderes Mal, allerdings in dem damals schon reaktionären Halle an der Saale, wurde ich von zwei Beamten vom Rednerpult gerissen und 36 Stunden eingesperrt, weil ich das Wort „Freiheit“ gebraucht hatte.

Sozialdemokratie und Jugend

Große Aufmerksamkeit widmete die sozialistische Arbeiterbewegung der Jugend. Man hatte bald erkannt, daß die Ideen und Vorstellungen der Sozialdemokratie nicht innerhalb einer Generation zu erreichen waren, was lag also näher, als die folgenden Generationen bereits frühzeitig in die Parteiarbeit miteinzubinden.

Die ersten Zusammenschlüsse jugendlicher Arbeiter sind auf das Jahr 1904 zurückzuführen. Auch hier war es eine Reaktion auf Ausbeutung und Unterdrückung. Es gab keinen wirksamen Jugendschutz, die Lehrlinge waren körperlichen Züchtigungen ausgesetzt. Es steckte auch viel emotionsgeladene Aufbruchstimmung in dieser Bewegung, die fast gleichzeitig mit der bürgerlichen Wandervogelbewegung entstand. Es war der gemeinsame Protest gegen überholte Konventionen und Wertvorstellungen, die die Jugendlichen beherrschte.



Zurück zur Natur hieß damals die Parole.



In einer vom jetzigen Her-
ner Bundestagsabgeordneten
Heinz Westphal im Jahre 1954
herausgegeben Schrift „50
Jahre Arbeiterjugendbewe-
gung“ analysiert Walther G. Ol-
schewski:

*„In historischer Sicht ist dieser ele-
mentare Aufbruch der Jugend gegen
die Vätergeneration als Gesamter-
scheinung zweifellos ein Zeit- und
Kulturphänomen. Sein soziologi-
scher und psychologischer Aus-
gangsort war das Spannungsverhält-
nis zwischen den Generationen, die
natürliche Gegensätzlichkeit zwi-
schen Alten und Jungen, zwischen
Eltern und Kindern, zwischen Leh-
renden und Lernenden. Die Jugend-
bewegung war insofern eine echte
Revolution mit starken irrealen und ir-
rationalen Zügen, als sie einen Pro-
test gegen die zivilisatorisch-
überspitzte und materialistisch-
mechanisierte Lebensführung der
Vätergeneration, gegen das Nivellie-
rende und Leben-Tötende des bür-
gerlichen Kulturbetriebes im Zeitalter
des Hochkapitalismus darstellte.“*

Parallelen zur heutigen Si-
tuation drängen sich da natür-
lich auf.

Damals war es der Druck
von außen, der die Jung- und
Altarbeiterbewegung zusam-
menschweißte. Im Jahre 1908
wurde der Spielraum der so-
zialistischen Jugendbewe-
gung eingeschränkt.

Ein neues Vereinsgesetz un-
terstützte finanziell und durch
gesetzliche Bestimmungen
antisozialistische Jugendpfle-
gebestrebungen.

Es kam in der Folge zu ei-
nem verstärkten Zusammen-
gehen zwischen Partei und Ar-
beiterjugend.

Die erste parteigebundene
Organisation waren die Jung-
sozialisten (1919), zu denen
die über 18jährigen, seit 1927
die über 20jährigen Parteimit-
glieder gehörten. In der Sozia-
listischen Arbeiterjugend,
SAJ, waren die 14- bis
18jährigen organisiert, 1927
wurde die Altersgrenze auf 20
heraufgesetzt. Seit diesem
Zeitpunkt formierten sich auch
die Falken, die nun auch den

Jüngsten (6 bis 14 Jahre) ein
Gemeinschaftserlebnis er-
möglichten, das der sozialisti-
schen Vorstellung entsprach.
Hier übte man im Kleinen das
große Ideal „Demokratie“. In
Zeltlagern, Jugendherbergen
und in den entstehenden Nat-
urfreundehäusern suchte
man nicht nur Erholung, man
war mitverantwortlich für die
Organisation und den Ablauf
der Veranstaltungen.

Das von anderen Jugend-
verbänden gepflegte und spä-
ter von den Nationalsozialisten
in übersteigerter Form prakti-
zierte „Führer-Prinzip“ wurde
bei den sozialistischen Ju-
gendverbänden abgelöst
durch eine demokratische Or-
ganisationsform.



Selbst den Kleinsten wurde ein Mitspracherecht eingeräumt.

Parteinaher Organisationen

Arbeitersportvereine

Bereits während der Sozialisten-Gesetze (1878 bis 1890) bildeten Sozialdemokraten und Gewerkschafter Turn- und Sportvereinigungen, um hier den Zusammenhalt unter Gleichgesinnten zu wahren. Mit dem Ende der Verfolgung erfolgten die ersten offiziellen Vereinsgründungen; die Dachverbände folgten. 1893 der „Arbeiter Turner Bund“, 1895 der Touristenverein „Naturfreunde“, ein Jahr später der „Arbeiter-Schwimmer-Bund“.

Der „Arbeiter-Turn- und Sportbund“ war der größte Verband mit 740000 Mitgliedern.

Nicht zu vergessen auch die zahlreichen Fußballklubs, die kurz nach der Jahrhundertwende aus dem Boden schossen. Die Arbeiter waren hier zum größten Teil unter sich, den Pennälern war das Fußballspielen und auch die Leichtathletik ausdrücklich und unter Strafe untersagt.

Besonders eng mit der Heraner Arbeiterbewegung verbunden, der Arbeiter-Turnverein „Einigkeit“ Herne.

Im Mai 1907 wurde er im bereits des öfteren erwähnten Lokal August Bomm aus der Taufe gehoben. Unter den Gründungsmitgliedern finden sich so bekannte Namen wie Heinrich Balke, Julius Benz, Jacob Hilge, um nur einige zu nennen. Geturnt wurde im Saal des Partei- und Vereinslokals

und zwar am Sonntag, weil die lange Arbeitszeit dem Tatendrang Grenzen setzte. Im Jahre 1918 wurden erstmals auch Frauen in den Verein aufge-

nommen. Wie den Protokollen zu entnehmen ist, wurde beschlossen, daß das Turnen beider Geschlechter getrennt stattfinden sollte.



Auch in den Arbeitersportvereinen besonders beliebt, der Fußball.



Arbeitergesangvereine

Auch im kulturellen Bereich gab es Aktivitäten in der Arbeiterschaft. Bis ins Jahr 1894 zurück reicht die Gründung eines Arbeitergesangvereins in Herne. Wer meint, die Obrigkeit habe solch kulturelle Bestrebungen gerne gesehen nach dem Motto: „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder, böse Menschen...“, der muß sich anhand der Protokolle eines besseren belehren lassen. Am Gründungsabend erschien unter der Führung des Polizeikommissars Brockmeier Polizei und Gendarmerie im Fest-

lokal und löste die Versammlung auf. Als dies nicht schnell genug erfolgte, schlugen die mit Säbeln bewaffneten Polizisten auf die Frauen und Männer ein. Vor der Gastwirtschaft fielen sogar Schüsse. Der Sangesbruder Pöhler wurde von einer Kugel ins Bein getroffen und ins Krankenhaus eingeliefert. Als die Wunde ausgeheilt war, mußte er dann für neun Monate ins Gefängnis. Anderen Gründungsmitgliedern ging es ähnlich; es gehörte zu dieser Zeit sehr viel Mut dazu, sich sogar in Ge-

sangvereinen zu organisieren.

In der Jubilarliste der Herner Arbeiter-Sängerbewegung finden sich auch Namen alter Sozialdemokraten und Gewerkschafter: Theodor Menke, Julius Benz, Wilhelm Dörr, Berta Seidel, Heinrich Crämer und Heinrich Balke, alles Namen, die in der Herner Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle gespielt haben und zum Teil nach dem Zweiten Weltkrieg die Stadt politisch geführt haben.

I. Gründung des Vereins!
Am Sonntag den 13. April sind 13 Längelarbeiter am Abend.
Zur Leitung der Versammlung sind Längelarbeiter bestimmt.
Die Leitung sofort übernommen. Es wird der vorgeschlagene
Verbandsname vorgeschlagen und einstimmig genehmigt.
Der Verein heißt den Namen „Arbeitergesangverein
Hefelberg“ heißt sich ab sofort den „Arbeiter-Sängerbund
Hefelberg“ an. Es wird beschlossen mit organisierten Arbeitern
aufzuwarten, jedoch kann für uns weiter eine Verbindung
zu machen sein. Als Vereinslokal wird der Längelberg
Lokal bestimmt. Die Lizenzanträge sind dem gewerkschaftlichen
Vorstand überlassen, der die Stelle im „Volksblatt“ einbringen
soll. Es wird beschlossen, in 14 Tagen eine Versammlung
anzubereiten in der die Angelegenheiten geregelt sind und dem
Vorstand ausgiebig zu wählen mit der Zeit der Übungsstunden
festzusetzen. Der gewerkschaftliche Vorstand besteht aus sieben
Mitgliedern: I. Löffler erster Vorsitzender, II. Löffler zweiter
Vorsitzender, III. Furtmann erster Schriftführer, IV. Peters zweiter
Schriftführer, V. Furtmann erster Schriftführer, VI. Schmidt
zweiter Schriftführer, VII. Furtmann Schriftführer.

„1898 arbeiten in den deutschen Fabriken 214954 Kinder, außerhalb der Fabriken sind es 532283 Kinder unter 14 Jahren, davon im Königreich Preußen 269598.“

(Vierteljahresshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, Berlin 1900)

Arbeiterwohlfahrt

Auch auf karitativem Gebiet schuf sich die Arbeiterbewegung eine eigene Organisation, um nicht allein den Kirchen diese Aufgabe zu überlassen. Die Arbeiterwohlfahrt entstand im Jahre 1919. Der Krieg hatte vielen Familien den Ernährer genommen, die Not war vielfach unvorstellbar. Hier zumindest die schlimmsten Folgen zu lindern, hatte sich die Arbeiterwohlfahrt zum Ziel gesetzt.

Von den Kommunen wurden in dieser Zeit Wohlfahrtspflegebezirke im gesamten Stadtgebiet eingerichtet, die mit ehrenamtlichen Kräften, auch aus der Arbeiterwohlfahrt, besetzt wurden.

Durch diese Maßnahme war eine Hilfe dort möglich, wo sie am dringendsten benötigt wurde. Vor allem die Frauen waren es, die auf diesem Gebiet sehr engagiert waren; auch in der Kinderbetreuung leisteten sie sehr viel. Eine vorurteilslose Betreuung gerade alleinstehender Mütter war in dieser Zeit sehr wichtig und hilfreich. Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt in Herne war lange Jahre Auguste Sindermann, die als Sozialdemokratin auch dem Rat der Stadt angehörte.



Sozialpolitisch sehr engagiert, sozialdemokratische Frauen.



Sehr beliebt, die Kinderfreizeiten der AWO.

„Der Arbeiter kann bei rationeller Wahl seiner Nahrungsmittel ganz erhebliche Ersparnisse machen, welche es ihm nicht nur ermöglichen, ohne fremde Hilfe auszukommen, sondern auch noch einen Notgroschen zurückzulegen. Magermilch wird zum Beispiel nicht gern gekauft, weil der Kaffee nicht weiß davon wird; wofür der Grund in der Abwesenheit von Fett zu suchen ist, und doch kann nicht genug auf dieses billige und vorzügliche Nahrungsmittel hingewiesen werden.“

(Wie ernährt sich der Arbeiter? Eine Anleitung von Otto Rademann, Leipzig 1890)

Das Genossenschaftswesen

Der Genossenschaftsgedanke war in der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft stark verbreitet. Man wollte eine sozialistische Wirtschaftsordnung. In selbstverwalteten Wirtschaftseinheiten sah man einen Weg dorthin. Hier war man selbst Mitinhaber des Lebensmitteladens, oder auch der eigenen Wohnung. Die Genossenschaften und Konsumvereine waren in gewisser Hinsicht als Schutz gegen eine leichtfertige Ausgabe des hart verdienten Lohnes

gedacht. Das „Anschreiben“ war in den Konsum-Vereins-Läden verpönt. Man gab die Ware in der Regel nur gegen Bargeld ab und verführte die Kunden nicht zu unüberlegten Käufen. Der Genossenschaftsgedanke beinhaltete aber auch eine geplante und gelenkte Produktion und einen zentralen Vertrieb der Ware. Nicht selten war man wesentlich kostengünstiger als der Laden um die Ecke. Außerdem gab es noch die jährlichen Rückvergütungen, die meist

im Herbst ausgezahlt wurden und eine willkommene Hilfe bei der Einkellerung der Kartoffeln für den Winter waren. Auch auf dem Wohnungsmarkt wurden Sozialdemokraten und Gewerkschafter aktiv. Etwa zur gleichen Zeit entstand die Wohnungsbaugesellschaft „Selbsthilfe“.

Die Schaffung moderner, mit einer Sanitärausstattung versehener und trotzdem erschwinglicher Wohnungen war das Ziel.



Die Konsum Vereins Filiale an der Shamrockstraße.

Die sozialdemokratische Presse

Bereits sehr früh hatte man in der Sozialdemokratie begriffen, daß eine eigene Presse unerlässlich war. Die bürgerlichen Zeitungen vertraten in ihrer Mehrheit eine entsprechende Politik, die Sozialdemokratie konnte hier kein Sprachrohr finden. Nach einigen mehr oder weniger erfolgreichen Vorläufern etablierte sich im Jahre 1876 der „Vorwärts“ als Organ der Sozialdemokratie. Bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes im Oktober 1878 zählte die sozialdemokratische Presse 42 Zeitungen und Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 150000.

Nach dem Verbot der sozialdemokratischen Presse mußte man auf dem ersten Exilkongreß in der Schweiz feststellen: „Es gibt keine lokalen Parteiblätter mehr.“ Aus der Schweiz, ab 1888 aus London, wurde der „Sozialdemokrat“ mit der sogenannten „Roten Feldpost“ über die Grenze geschmuggelt.

Nach der Phase der Illegalität wurde 1891 der „Vorwärts“ wiederbegründet, 1907 meldete er stolz seinen 100000. Abonnenten. Am 28. Februar 1933 erschien die letzte Ausgabe des „Vorwärts“, erneut ging es ins Exil.

Die Presselandschaft war in der Weimarer Zeit vielschichtiger und meinungsbezogener als heute. Fast jede politische Richtung bzw. Partei leistete sich eine eigene Zeitung, auch auf lokaler Ebene.

In Herne gab es neben zwei bürgerlichen und einer kommunistischen auch eine sozialdemokratische Lokalzeitung. Zunächst das „Bochumer Volksblatt“ mit Herner Teil, später die „Herner Volkszeitung“. Für dieses Blatt war ein eigener Redakteur zuständig. Die Redakteure Burgdorf,

Pasch und Sauerwald haben es verstanden, das Blatt zu einem beliebten Informationsorgan auszubauen. Der Schaukasten am Parteibüro, in dem die Zeitung täglich ausgehängt wurde, wurde mit der Zeit ein beliebter Diskussionstreff, nicht nur für Sozialdemokraten.

Name des Bezahlers:

Wohnort:

Straße und Hausnummer

QUITTUNG

für die Zeit vom 1. Mai bis 15. Mai 1932

Bezugsgebühr **Fig.**

Trägerlohn **Fig.**

zusammen **1,00 Mf.**

Betrag erhalten.

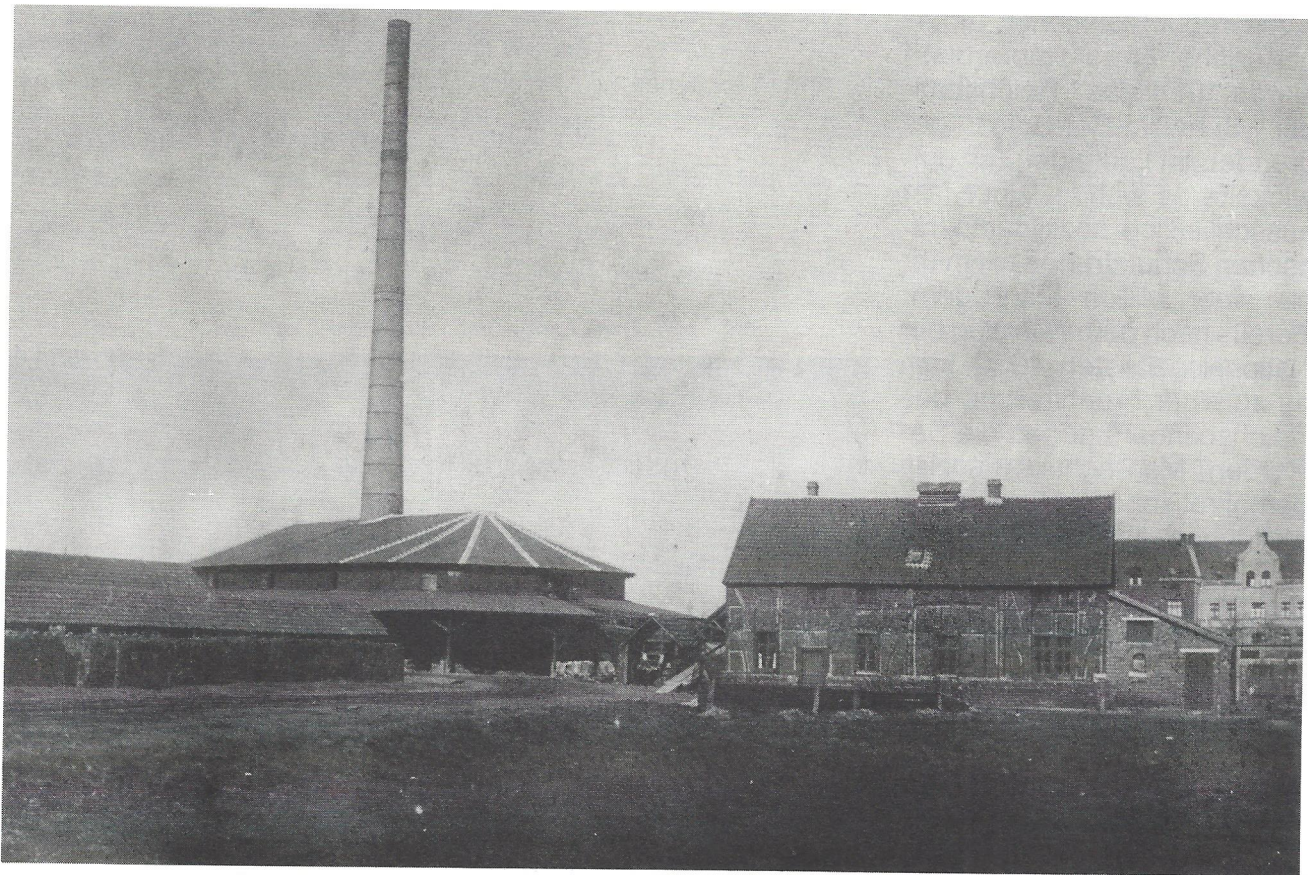
VERLAG DER „HERNER VOLKSZEITUNG“

Bahnhofstraße 8b Herne Fernsprecher 51076

Viel Geld damals, die Abonnementsgebühr der sozialdemokratischen Lokalzeitung.

„Der Gewerbeinspektor in Bochum stellte fest, daß in einer Feldbrandziegelei 13- und 14jährige Knaben von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends anscheinend ohne längere Pause beschäftigt wurden. Der Erste Staatsanwalt teilte auf die Strafanzeige mit, daß er von strafrechtlichem Einschreiten Abstand genommen habe.“

(Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten, Berlin 1899)



Die Gemeindeziegelei in Wanne-Eickel.

Die Naturfreundejugend

Die Arbeit in Fabrikhallen und im Ruhrgebiet speziell die Arbeit in den Bergwerken förderte den Wunsch, zumindest die Freizeit in der Natur zu verbringen. Vor diesem Hintergrund muß die Entstehung des „Touristenvereins Naturfreunde“ gesehen werden. Die Gründung erfolgte noch vor der Jahrhundertwende, im Jahr 1896.

Urlaubsreisen waren für die meisten Menschen unerschwinglich, man mußte sich auch hier zusammenschlie-

ßen, um der Stadtluft zu enttrinnen. Der Finanzen wegen geschah dies meist in Zeltlagern. Oft hatte man sogar kleinere Parzellen im nahen Münster- oder Sauerland gepachtet und sich auf Dauer hier eingerichtet. Am Wochenende fuhr man dann hinaus ins Grüne, wenn Arbeitslosigkeit hinzukam, wurde das Wochenende auch schon mal verlängert.

Vor allem bei der Jugend war diese Form der naturverbundenen Erholung sehr beliebt. Man war auch sehr erfin-

dungsreich, wenn das Geld für fertige Zelte nicht reichte. Dann behalf man sich mit ausgedienten Bettlaken, die man in Alaun tränkte und so waserdicht machte.

Die Naturfreunde verstanden sich als sozialistische Bewegung, allerdings ohne parteiliche Bindung. Vielleicht auch deshalb waren die Diskussionen am Lagerfeuer in diesem Kreis besonders lebhaft.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Als republikanischer, überparteilicher Frontkämpferbund wurde 1924 das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gegründet. Im Laufe der Zeit entwickelte es sich zu einer fast ausschließlich sozialdemokratischen Schutztruppe mit mehr als einer Million Mitgliedern. Bereits nach dem Wahlsieg der Nationalsozialisten 1930 kam es zu einer Frontstellung des Reichsbanners gegen die SA-Horden. Man schützte sozialdemokratische Parteiveranstaltungen, aber auch Politiker und parteieigene Häuser. Langfristig plante man schon zu dieser Zeit Abwehrmaßnahmen gegen einen befürchteten Staatsstreich. Auf Initiative des Reichsbanners wurde auch die „Eiserne Front“ gebildet, ein Kampfbündnis von Sozialdemokratie, Gewerkschaften und der Arbeitersportbewegung. Auch in Herne und Wanne-Eickel wurden unter der Führung des Reichsbanners eindrucksvolle Demonstrationen gegen den drohenden Faschismus durchgeführt. Die Mitglieder der „Eisernen Front“ trugen offen sichtbar das Zeichen der „Drei Eisernen Pfeile“, und als Gruß rief man sich untereinander das Wort „Freiheit“ zu.

Als der Aufruf der sozialdemokratischen Parteiführung zum offenen Kampf gegen die Faschisten ausblieb, wirkte dies auf die Mitglieder der „Eisernen Front“ wie ein Schock. Vor allem die jüngeren Sozialdemokraten in Herne konnten ihre Enttäuschung kaum verhehlen.



Zum Kampf gegen den Faschismus bereit: Mitglieder des Reichsbanners in Uniform.

Impressum
Herausgeber:
SPD Unterbezirk Herne
Druck:
Buch- und Offsetdruckerei
Franz Suttmeier, Gelsenkirchen
Bilder:
Bildarchiv der Stadt Herne, Friedrich-
Ebert-Stiftung, privat

